

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Krenz exklusiv: Linksbündnis – ja!

LN sprach in Dierhagen mit dem letzten Staatsratsvorsitzenden der DDR. **Seite 3**

■ Unruhe in Stadtbetrieben

Spekulationen zu fiskalischen Manövern des OBM lösen Alarmstimmung aus. **Seite 4**

■ Getrimmt für weltweiten Einsatz

Ankündigung neuer „Teilfähigkeiten“ der Bundeswehr begeistert Rüstungsaktionäre. **Seite 7**

■ Die Amerikaner und die Russen

Leipzigs unterschiedliche Erfahrungen mit Besatzungen. Am 2. Juli 1945 löste die Rote Armee die Yankies ab. **Seiten 8/9**

13

2005

13. Jahrgang

1. Juli

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

MIT DER D-MARK BEGANN VOR 15 JAHREN

DAS GROSSE FRESSSEN



Marc Ranstetter 2005

Als die Souveränität der DDR verschenkt wurde

Die Würde des Menschen ist unantastbar! – behauptet das bundesdeutsche Grundgesetz in seinem ersten Artikel. Was für eine geschmacklose Lüge. Vielleicht hat der Spruch vor langer Zeit und auch nur partiell sogar für den gemeinen Lohnabhängigen in der alten Bundesrepublik gegolten. Für Millionen DDR-Bürger galt er, als sie unter die „Obhut des Grundgesetzes“ kamen, nie. Auch wenn die meisten von ihnen das am 1. Juli 1990, als der verfassungsrechtlich äußerst bedenkliche Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat, noch nicht glauben wollten. Damals jubelten Millionen zwischen Ostsee und Thüringer Wald der D-Mark entgegen und scherten sich einen feuchten Kehricht darum, dass mit diesem Geldumtausch primitivste völkerrechtliche Normen, vor allem die Souveränität eines ja immer noch existierenden unabhängigen und selbständigen Staates außer Kraft gesetzt wurden, der zudem anerkanntes Mitglied der UNO war. Begeistert wechselten Millionen DDR-Bürger in Banken, Sparkassen, Polizeidienststellen, Ämtern und Schulen ihren „Blauen“, auf dem Karl Marx abgebildet war, gegen die 100-D-Note mit Clara Schumann darauf und legten damit quasi ihre Arbeitsplätze und damit auch ihre Würde als souveräne Persönlichkeiten mit auf die Umtauschtheken. Ladenbesitzer griffen am Tag vor Ultimo zu Farbe und Pinsel und malten, so wie im Leipziger Peterssteinweg, die Fassaden ihre Geschäfte neu an, sie ließen sich neue Warenträger tischlern und legten eine Euphorie an den Tag, die schon bewundernswert kurzsichtig war. Jedenfalls kann ich mich an keinen der besonders Eifrigen erinnern, der seinen Laden dann noch lange halten konnte.

Die Würde des Menschen ist unantastbar? Sie ist, wie sich in den bisherigen 15 Jahren bewies, so leicht zu verletzen, wie es die des Staates DDR war. Er hatte eine für die deutsche Geschichte einmalig lange Friedensperiode gesichert und einen ersten sozialistischen Versuch gewagt – den ihm das enteignete Kapital nie verzieh und den es auf Dauer nicht dulden konnte.

Dieser polit-ökonomische Hintergrund der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war den Tausenden, die im 89er Herbst um den Ring liefen – notabene zuerst nur für eine demokratischer verfasste DDR – nur schwer zu vermitteln. Sie sollten Handlanger für das Vergeltungsstreben des Kapitals sein?

Wer zu spät begreift, den bestraft das Leben!

• M. WARTELSTEINER

Gefühlte Demokratie

In der medialen Wahrnehmung gleicht das Neue Rathaus derzeit eher einem Tollhaus. Noch haben die Leipzigerinnen und Leipziger nicht die Debatten um die mehr als opulente Abfindung für einen ehemaligen Spitzenmanager kommunaler Unternehmen verdaut, da jagen täglich neue Meldungen zu vermeintlichen Verfehlungen von Bürgermeister Holger Tschense und einen seiner wichtigsten Stützen, den Leiter des Ordnungsamtes Norbert Beital, durch den Blätterwald. Tschense steht am Pranger wegen seines mehr als auffälligen Fahrstils, der ihm als Hüter von Ordnung und Sicherheit in der Stadt bereits mehrfach den Führerschein gekostet haben soll. Gleichzeitig macht der Vorwurf die Runde, er habe sein Amt zur eigenen Vorteilsnahme und im Interesse von Bekannten beim Niederschlagen von Bußverfahren genutzt. Gleiches Vergehen wird auch seinem Amtsleiter Beital zum Vorwurf gemacht. Besonders pikant dabei: SPD-Mann Tschense und CDU-Mann Beital pflegen offenbar eine lustvolle Männerfreundschaft. Sie nämlich wird von der Boulevardpresse weidlich genutzt, um der sich vor aller Augen abspielenden Provinzposse den Schein einer höheren politischen Dimension zu verleihen. Um die Verwirrung perfekt zu machen, spielt die Rathauspitze schließlich mit dem Ordnungsamtleiter auch noch Behördenpingpong. Der Oberbürgermeister hat mehrfach versucht, Beital zeitweilig zu beurlauben. Der hingegen klagt sich immer wieder an seinen Schreibtisch.

Bei der ständig neuen Faktenlage, den vielen Statements und Dementis brummt inzwischen selbst dem gutwilligsten Beobachter kommunalpolitischer Personalien der Kopf. Da hilft auch der oberbürgermeisterliche Verweis auf die Unschuldsvermutung nichts. Sicher hat Wolfgang Tiefensee Recht, wenn er Besonnenheit anmahnt und auf die ausstehenden straf- wie dienstrechtlichen Untersuchungsergebnisse verweist. Otto-Normalbürger jedoch wird den Eindruck nicht los, im Neuen Rathaus dominieren derzeit Krisenmanagement und Selbstbeschäftigung. Zudem rechnet er wahrscheinlich inzwischen täglich mit weiteren Hiobsbotschaften. Seine Sorgen und Nöte hingegen finden in den Amtsstuben, so sein banges Gefühl, kaum noch Gehör. Ähnlich der gefühlten Temperatur gibt es nämlich auch so etwas wie eine gefühlte Demokratie. Unabhängig von den möglicherweise in einigen Wochen zu erwartenden Ergebnissen der Untersuchungen durch die Rathausverwaltung, das Regierungspräsidium und die Staatsanwaltschaft ist bei ihr bereits ein beträchtlicher Flurschaden entstanden. Ihn wieder einigermaßen gut zu machen, wird mit großer Wahrscheinlichkeit länger dauern als die hoffentlich baldige Aufklärung der Causa Tschense versus Beital.

• JAN DIETRICH

Schon mal nachgerechnet?

Wer statt tariflich vereinbarter 38 Wochenstunden künftig 42 Wochenstunden ohne Lohnausgleich arbeiten soll, der leistet im Jahr über 200 Stunden unvergütete Mehrarbeit. Der Arbeitnehmer verzichtet auf mehr als einen vollen Monatslohn, während sich der Arbeitgeber zusätzlich zum gesparten Lohn durch die erbrachten Mehrleistungen und den möglichen höheren Produktabsatz ungehemmt die Taschen füllt.

• M. R.

Für Krankheit Urlaub opfern?

Krankheitstage von Arbeitnehmern sollen künftig auf ihren Urlaub angerechnet werden. – Der Geistesblitz des obersten Handwerkspräsidenten Otto Kentzler traf viele Menschen am frühen Morgen des 20. Juni bis ins Mark. Leipzigs „oberster Handwerker“ aber, Joachim Dirschka, schließt sich diesem Vorschlag an. Er meint, dass ja während einer Krankheit von den Betroffenen keine Werte geschaffen werden und eine Urlaubskürzung um drei Tage durchaus vertretbar sei.

Mit einer generellen Urlaubskürzung scheint man nicht durchzukommen, deshalb dieser neue Vorstoß. Jene, die Mehrarbeit leisten müssen, immer öfter unbezahlt, sollen künftig auf Urlaub verzichten, wenn sie durch mehr Ausbeutung verursachte höhere körperliche Belastungen krank werden.

Der Mensch ist im Kapitalismus lediglich eine ökonomische Kategorie, die Werte zu schaffen hat, aber möglichst wenige Werte für sich beanspruchen darf.

• H.-JÜRGEN BERG

Leipziger PDS nomierte zwei Direktkandidaten für Bundestagswahl

Gute Stimmung bei der PDS

LN. Die Leipziger PDS nominierte am 25. Juni auf einer Gesamtmittgliederversammlung die beiden Landtagsabgeordneten Dr. Barbara Höll und Dr. Volker Külow als Direktkandidaten für die vorgezogene Bundestagswahl.

Barbara Höll, die bereits das Direktmandat aus dem Landtagswahlkampf besitzt, trat in ihrem Wahlkreis 153 (Leipzig-Nord) ohne Gegenkandidaten an. Volker Külow setzte sich im Wahlkreis 154 (Leipzig-Süd) gegen Siegfried Schlegel durch.



Beide Kandidaten, die sich ernsthafte Chancen für das Direktmandat ausrechnen, kündigten an, einen engagierten Wahlkampf gegen die sowohl von Rosa-Grün als auch von Schwarz-Gelb vertretene neoliberale Politik zu führen – möglichst im Linksbündnis als drittstärkste Bundestagsfraktion. Volker Külow traf den Nerv vieler Delegierter als er versicherte, im Rahmen der wahl- und parteirechtlichen Möglichkeiten unverändert am Namen PDS festhalten zu wollen, denn: „Bei aller Kompromissbereitschaft wissen wir aber auch, dass gerade der Name PDS für jeden von uns hier im Saal mehr ist als eine Abkürzung aus drei Buchstaben – er ist für uns Identität und Herzenssache. Wir haben unter der PDS-Fahne 15 Jahre viele politische Erfolge erkämpft, aber auch manche Niederlage erlitten.“

Zur komplizieren „Bündnissituation“ in Leipzig erläuterte Külow, dass das zu respektierende demokratische Votum der hiesigen WASG derzeit keine Zusammenarbeit mit der PDS ermögliche. Um langfristig einen Prozess des Aufeinanderzugehens nicht zu belasten, sei das begrüßte Gesprächsangebot einer Initiativgruppe aus dem Umfeld der Leipziger WASG zwar angenommen worden, aber die dabei angefragte Kandidatur eines von der WASG strikt abgelehnten Kandidaten wäre ein Affront

gegenüber der WASG gewesen und sei daher zurückgewiesen worden. Nichtsdestotrotz stehe die Leipziger PDS zum Linksbündnis und wird weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, auch auf lokaler Ebene dieses Projekt zu unterstützen. Partner aber sei der Kreisvorstand bzw. Kreisverband der WASG und niemand anders, so Külow. Scharf prangerte er in seiner Rede beide Regierungsparteien an, die inzwischen so tun, „als wären sie nicht sieben Jahre an der Macht gewesen. Die SPD versucht in ihrer Not und Verzweiflung

sogar, einen angeblichen Lagerwahlkampf zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb herbei zu halluzinieren. Dieser durchsichtige Versuch, eine riesige Nebelkerze zu werfen, um von der Agenda 2010 Politik abzulenken, wird nicht aufgehen.“ Um linke Alternativen überzeugend sichtbar zu machen, sei zunächst die Kritik an der Politik der Agenda 2010 herauszuarbeiten, dank derer die führenden Konzerne ihre Gewinne 2004 im Verhältnis zum Vorjahr um 112 Prozent steigerten, während sich die Zahl der offiziell registrierten

Arbeitslosen auf 5 Millionen erhöhte.

Volker Külow nannte sechs zentrale Botschaften, die im Mittelpunkt eines linken Wahlkampfes stehen müssen:

- Arbeit in Würde: Hartz IV muss weg!
- Solidarität und soziale Verantwortung: für eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung!



- Eine demokratische Bildungsreform: für längeres gemeinsames Lernen!
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm in Ostdeutschland und Krisenregionen im Westen!
- Mehr direkte Demokratie und Bürgerrechte: gegen Rassismus und Rechtsextremismus!
- Für einen friedenspolitischen Aufbruch, gegen Rüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Drei FIFA-Confederations-Cup-Spiele im Zentralstadion überzeugten die FIFA: Leipzig ist eine Sportstadt.

Trotz der Baustellenmeile Bahnhof – Zentralstadion war alles bestens organisiert. Die Sportstadt ging fair mit ihren Gästen um. Eine unsportliche Begebenheit fiel dennoch auf. Die Firma „Coca-Cola“ hatte am Zentralstadion einen Promotion-Truck aufgebaut. Eigenartig nur: Auf der Projektionswand des Trucks lief die Übertragung eines Viertelfinalspiels der U-20-Fußball-WM in den Niederlanden, während offiziell Deutschland gegen China spielte. Für das „Coca-Cola-Team“ waren es „Deutsches Schweinegeschneitzeltes“ gegen „Reisschüs-

Fußball und Leipzig

sel“. Da gibt es nur eine Entscheidung: „Rote Karte“ für „Coca-Cola“. Positiv für Leipzig: Die Spiele fanden ohne Unterbrechung durch „Fans“ statt. Vielleicht ein Zeichen in Richtung internationaler und nationaler Sportverbände – in Leipzig können interessante, faire Sportwettkämpfe und Meisterschaften durchgeführt werden. Aber auch in Richtung Rathaus, die bestehenden Wettkampfstätten und deren mögliche Sanierung zu überprüfen und den Bau neuer Sportanlagen entsprechend den beschlossenen Plänen der Stadt Leipzig einzuleiten. In der Planung war z. B. der Bau

einer Trainingshalle für die Leichtathleten. Gebaut wird eine für Kampfsportarten. Die Leichtathleten dürfen auch in Zukunft in der alten Rundhalle trainieren. Es gibt ja in der ARENA Leipzig eine Leichtathletikanlage für Training und Wettkampf. Der beurlaubte Sportbürgermeister Holger Tschense betont seit der Eröffnung der ARENA, sie sei „im Monat Februar, dem Monat der Leichtathleten“, für diese Sportlerinnen und Sportler offen. Nur sind dann kaum welche zu sehen. Werden sie von der Stadt nicht über die Trainingsmöglichkeiten informiert?

• H. E.

Egon Krenz, letzter Staatsratsvorsitzender der DDR, lebt heute, 68-jährig, in seiner alten mecklenburgischen Heimat, im Ostseebad Dierhagen.

Am 18. Dezember 2003 war er nach vier Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen worden, zu der er in einem verfassungs- und völkerrechtswidrigen Verfahren wegen der „Todesschüsse an der ‚innerdeutschen‘ Grenze“ verurteilt worden war.

MAXI WARTELSTEINER traf den „auf Bewährung“ Freigelassenen bei einem anregenden Fischessen zum Gespräch für LEIPZIGS NEUE, das nur einmal unterbrochen wurde, als eine Leipziger Urlauberin begeistert auf Egon Krenz zukam und unbedingt ein Autogramm haben wollte.

● **Kurz vor dem 15. Jahrestag – wie sehen Sie die deutsche Einheit?**

E. K.: Staats- und völkerrechtlich sind wir eins. Politisch, ökonomisch, juristisch, mental und sozial noch lange nicht. Das hängt viel damit zusammen, dass es 1990 keine Vereinigung auf gleicher Augenhöhe, sondern einen Anschluss der DDR an die Bundesrepublik gegeben hat. Bundespräsident Köhler meinte kürzlich, dass es nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen den alten Bundesländern große Unterschiede gibt. Er übersieht, dass die Altbundesbürger an kapitalistische Verhältnisse gewöhnt sind. Sie sind damit aufgewachsen. In der DDR jedoch war die Solidarität mehr wert als das Scheckbuch. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau waren Fremdworte. Das Gesundheitswesen funktionierte nicht nach dem Grundsatz „Weil du arm bist, musst du früher sterben“. Mütter konnten unbesorgt arbeiten, weil für den Nachwuchs eine kostengünstige Betreuung in Kindergärten und -krippen gewährleistet war. Studiengebühren gab es nicht. Dass der ehemalige Präsident des Internationalen Währungsfonds dies alles anders wahrnimmt als viele Ostdeutsche, kann ich noch nachzuvollziehen. Für die praktische Politik ist diese Bewertung jedoch oberflächlich und nicht hilfreich. Sie nimmt den Ostdeutschen die Perspektive, dass die Unterschiede jemals verschwinden.

● **Da höre ich lästern, Leute wie Sie würden eben nur das Negative sehen ...**

E. K.: Keineswegs. Die bis 1989 latente Gefahr, dass zwei deutsche Staaten im Ernstfall hätten gegeneinander einen heißen Krieg führen müssen, ist glücklicherweise vorbei. Das ist ein unschätzbares Gut. Allerdings: Mit dem Einsatz der Bundeswehr im Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien wurde die Lehre des Zweiten Weltkrieges aufgegeben, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf. Das hätte es mit der DDR nie gegeben.

● **War die internationale Rolle der DDR tatsächlich so stark?**

E. K.: Kürzlich hat Russlands Präsident Putin gesagt, dass der Zerfall der UdSSR „eine der größten globalpolitischen Katastrophen zum Ende des letzten Jahrhunderts“ war. In diesen Prozess ist auch der Untergang der DDR eingeschlossen. Wenn man bedenkt, dass sich der Warschauer Vertrag aufgelöst hat, die NATO aber heute an den Grenzen Russlands steht, dann ist es wohl nicht übertrieben, zu sagen, dass die Gefahren für den Frieden noch nicht gebannt sind. Zwar ist der NATO der Feind „abhanden gekommen“. Doch die Suche nach einem neuen ist abenteuerlich. Wenn das einheitliche

Deutschland seit 1990 wenigstens seine Militärausgaben drastisch gesenkt hätte ...

● **Und Ihre innenpolitische Bilanz?**

E. K.: Ich bin kein Ignorant. Ich anerkenne die positiven Veränderungen. Die Leute können – wenn sie das Geld dazu haben – frei reisen. Das Warenangebot ist reichhaltig und das Einkaufen angenehmer geworden. Die Infrastruktur, die Stadtzentren und manches mehr haben sich in einem Maße verändert, zu dem wir mit der Wirtschaftskraft der DDR leider nicht in der Lage gewesen wären. Ohne die kapitalen Fehler der Kohl-Regierung bei der Vereinigung wäre das alles – sieht man von den horrenden Kosten für die Bürger ab – ein Grund zur Freude. Dagegen steht, dass Ostdeutschland faktisch deindustrialisiert wurde. Der Aus- oder Aufbau der sogenannten „industriellen Leuchttürme“ kann darüber nicht hinwegtäuschen. Die Ostdeutschen sind de facto immer noch Bürger zweiter Klasse. Sie müssen – wenn sie denn einen Arbeitsplatz haben – länger arbeiten, erhalten niedrigere Löhne, Gehälter und auch Renten.

● **Daran sei die marode Wirtschaft der DDR schuld, heißt es.**

E. K.: Das ist eine der vielen Lügen, die nach 1989 in die Welt gesetzt wurden. Sicher, unsere Wirtschaft hatte sehr komplizierte Probleme. Wir lagen in der Arbeitsproduktivität zurück. Wir hatten Marodes, aber auch viel Modernes. Beides wurde nach 1990 gleichermaßen kaputt gemacht.

Was jetzt in Deutschland passiert, ist auch Resultat der gescheiterten Vereinigungspolitik. Wenn im Westen zum Beispiel über die hohe Transfersumme geklagt wird, sind mir sehr wohl auch die Anstrengungen der Westdeutschen dafür bewusst. Doch es darf nicht vergessen werden, dass die Treuhand die Industrie der DDR fast völlig abgewickelt und verscherbelt hat. Der so verschuldete Rückgang der Produktion ist einmalig in der deutschen Geschichte. Nicht einmal nach den Weltkriegen gab es einen solchen Rückgang der Industrieproduktion. 85 Prozent des DDR-Volkvermögens gelangten in die Hände des westdeutschen Kapitals. Die Treuhand hat aus einem Volkvermögen der DDR von ca. 1,8 Billionen Mark einen Schuldenberg von schätzungsweise 400 Milliarden DM gemacht.

Das Ganze ist ohnehin keine ökonomische, sondern eine politische Rechnung. Die Ostdeutschen sollen glauben, sie hätten nur Schulden und Verbrechen in die deutsche Einheit gebracht. So lässt sich am besten rechtfertigen, dass die wohlbegründeten Ansprüche der DDR-Bürger aus dem Volkseigentum untergingen.

● **Dennoch frönt man selbst in PDS-Kreisen dem „Ankommen in der Bundesrepublik“.**

E. K.: Mir gefällt das Bild vom Ankommen nicht. Wer soll denn bei wem ankommen? Wenn man sich vereinigt, muss man aufeinander zu gehen, sich gegensei-

tig zuhören können, nicht nur einseitige und bössartige Vorwürfe erheben, sondern gegenseitiges Vertrauen erwerben. Die Regierung der Bundesrepublik hatte sich aber 1991 dafür entschieden, die DDR zu delegitimieren. Das behindert bis heute eine ehrliche Bewertung unserer Vergangenheit, für die ich mich immer eingesetzt habe. Wie soll ich in einem Lande ankommen, dass das bisher gelebte Leben von Millionen Mitbürgern für falsch erklärt? Viele DDR-Bürger verloren wegen ihres Engagements für die DDR ihre Arbeit, andere wurden ausgegrenzt, die DDR-Intelligenz wurde gar enthaupet. Willy Brandts Vision, dass zusammen-

rum werbe, diesmal die Wahlentscheidung nicht zu verweigern und das Linksbündnis mit der PDS zu wählen.

● **Sehen Sie auf längere Sicht Chancen für solch ein Linksbündnis?**

E. K.: Ich zögere, darauf zu antworten. Es gibt ja schon im Vorfeld der Entstehung des Bündnisses eine unheilige Allianz von Parteien und Medien, die Gift und Galle dagegen speien. Das ist verständlich, denn sie fürchten eine starke linke Opposition im Bundestag. Diesen Kräften möchte ich nicht noch mit meiner Meinungsäußerung den Vorwand liefern, so zu tun, als sei das Entstehen eines Linksbündnisses die

LN im Gespräch mit Egon Krenz

Unsoziale Politik macht Linksbündnis notwendig



Wiederauferstehung der SED. Diese Leute sind so krank vom Antikommunismus, dass ihnen jedes Gefühl für Realitäten abgeht. Deshalb sage ich auch: Deutschland braucht eine starke, gebündelte linke Kraft im Bundestag. Insofern bin ich der Meinung, dass die unsoziale Politik der anderen Parteien dieses Linksbündnis historisch geradezu notwendig macht.

● **Auch mit neuem Namen?**

E. K.: Nach meiner Erfahrung sind praktische Aktionen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse wichtiger als theoretische Wortgefechte. Aber: Zwei Spitzenkandidaten allein sind noch keine gesicherte Grundlage für den Erfolg. Ohne gemeinsames Programm wird es auf Dauer nicht gehen. Es gibt ja geschichtliche Erfahrungen, dass ohne vorherige Klarheit im Ziel schnell Streitigkeiten entstehen, die dann bis zur Auflösung gegründeter Parteien gingen. Kompromisse sind nötig. Doch: Die eigene Identität sollte nicht verloren gehen. Ich fürchte, wenn beispielsweise der Name PDS verschwinden sollte, könnten manche Mitglieder und Sympathisanten ihre Partei nicht wiedererkennen, auch nicht auf dem Wahlzettel.

● **Sie waren das letzte Mal im November 1999 in Leipzig – zur Verhandlung vor einer Strafkammer des BGH in Leipzig, die, wie Sie damals zu Recht sagten, „kalten Krieg im Gerichtssaal“ praktizierte ...**

Die obersten Richter hatten den Vorabend des 10. Jahrestages der Grenzöffnung genutzt, um meine Gefängnisstrafe von 6 1/2 Jahren zu bestätigen. Damals haben mir vor dem Gerichtsgebäude viele Leipziger Mut gemacht, mich nicht zu beugen. Zu den über 36 000 Briefen, die mich im Gefängnis erreichten, sind sehr viele aus Leipzig gekommen. Dafür möchte ich mich auch auf diesem Wege sehr herzlich bedanken. Das Urteil, das in Leipzig gesprochen wurde, wird nach meiner Meinung vor der Geschichte nicht bestehen. Damit müssen auch die Richter und Staatsanwälte leben. Niemand, der in der DDR gesetzestreu gelebt hat, braucht sich seines Lebens zu schämen. Wir waren an einem Gegenentwurf zur bisherigen deutschen Geschichte beteiligt, einer Geschichte, die den Menschen im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege und die faschistische Diktatur beschert hatte. Das Aufbäumen dagegen in Gestalt der DDR war legitim. Wir haben beigetragen, dass es in Europa 45 Jahre Frieden gab. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen!

● **Womit wir bei der aktuellen Politik sind: Mit welchen Positionen müsste die PDS in den Wahlkampf gehen?**

E. K.: Vielleicht ist den Lesern bekannt, dass ich 1990 aus der SED/PDS ausgeschlossen wurde. Ich habe dagegen protestiert, bis heute allerdings darauf keine Antwort erhalten. Insofern wäre ich ein „Ratgeber von außen“. Das möchte ich aber nicht. Dass ich parteilos bin, hindert mich jedoch nicht daran, meine Überzeugung als Sozialist offen zu vertreten. Selbstverständlich mache ich am Wahltag mein Kreuz bei der PDS. Mein Wahlkampf für sie besteht darin, dass ich bei vielen, die bisher nicht zur Wahl gegangen sind, da-

Warum in Leipzigs kommunalen Betrieben die Unruhe wächst

Neustrukturierung, Privatisierung? Nicht nur die Beschäftigten fordern Klarheit!

Alarm bei der Leipziger Stadtreinigung. Vor Arbeitsbeginn am 8. Juni versammelten sich mehr als 200 Beschäftigte, nachdem am Wochenende zuvor die Absicht zur Auflösung des kommunalen Eigenbetriebs bekannt wurde. Von Privatisierungen der letzten Jahre hinreichend belehrt, befürchteten die Betriebsangehörigen Arbeitsplatzvernichtung und Lohnsenkungen. In der morgendlichen Diskussion wurden Aktionen gefordert. Wie Gewerkschaftssekretärin Ines Jahn von ver.di berichtet, erklärten die Versammelten nahezu einstimmig ihre Bereitschaft, für den Erhalt des Betriebes, der Arbeitsplätze und des Tarifniveaus zu kämpfen.

„Auch in anderen von der Privatisierungsdebatte erfassten Betrieben wächst die Unruhe, aber auch die Aktionsbereitschaft“, stellt ver.di-Bezirksgeschäftsführer Bernhard Krabiell fest. „Es ist längst überfällig, dass die Betroffenen und ihre Vertretungen über den Planungsstand aufgeklärt und der Weg für eine sachlich fundierte Auseinandersetzung eröffnet wird.“

Wenn Krabiell von Betroffenen spricht, dann weiß er, dass letztlich alle Bürger der Stadt betroffen sind. Die Frage, mit welchen Strukturen Leipzig die öffentliche Daseinsvorsorge gestaltet, hat Konsequenzen für jeden in der Stadt. In einer Erklärung vom 10. Mai (siehe Auszug rechts) forderte die PDS-Stadtratsfraktion, dass der Stadtrat einen Beschluss zur „Beteiligungsstrategie“ – also zur Zukunft der kommunalen Betriebe – fasst. Der Oberbürgermeister habe „die Strategiediskussion zu den kommunalen Unternehmen bisher am Stadtrat vorbei geführt“ und damit „jeder Art von Spekulation Tür und Tor geöffnet“.

Hintergründe einer Debatte

Will man die Auseinandersetzung um die stadteigenen Unternehmen verstehen, muss man sich vor allem drei Umstände vor Augen

halten. Zum einen hat die „Liberalisierungs“-Politik der Europäischen Union schrankenlose Freiheit für Konzerne durchgedrückt. Auf die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen suchen die Kommunen und ihre Stadtwerke zu reagieren. In Leipzig geschah das mit der Bildung eines eigenen Konzerns, der „Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH“ (LVV). Sie soll das Stadt Eigentum gegenüber den großen Haien wettbewerbsfest und womöglich expansionsfähig machen, wird aber selbst zum Gegenstand der Auseinandersetzung (von internen Querelen abgesehen). Damit sind wir beim zweiten Umstand: CDU und FDP betreiben zusammen mit den Wirtschaftskammern aus ideologischen und Geschäftsgründen einen Feldzug für Privatisierung, der im Falle einer Bundestagswahl im Herbst noch an Vehemenz gewinnen dürfte. Der dritte Umstand: Die Massenarbeitslosigkeit und das Ausbleiben der Gemeindefinanzreform haben Deutschlands Städte in eine tiefe Haushaltskrise gestürzt.

Termindruck für Tiefensee

Bis Ende September muss Leipzigs OBM dem Regierungspräsidium mitteilen, wie er eine Haushaltslücke von 75 Millionen Euro

schließt. Andernfalls verweigert das RP die Zustimmung zum Haushaltsplan der Stadt. Vor einer ähnlichen Situation steht übrigens

Tiefensees Kollege Roßberg in Dresden. Dort forderte das RP bereits den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft – auch US-Investoren stehen vor der Tür.

Am kommenden Montag (4. Juli) will Tiefensee seine Vorschläge zur Zukunft der kommunalen Unternehmen der Ratsversammlung vorlegen. Offenbar plant er ein fiskalisches Manöver innerhalb der LVV zwecks Schließung der Haushaltslücke: den Verkauf von Kommunalbetrieben an die Holding. Bernhard Krabiell weist darauf hin, dass die LVV in diesem Fall Kredite aufnehmen müsste. „Dies würde letztlich die Bürger belasten, wenn auch zeitlich gestreckter als bei Privatisierung. Aber: Bleibt alles unverändert, müsste die Stadt Leistungen reduzieren, z. B. erneut Öffnungszeiten von Bibliotheken einschränken. Solange die Gemeindefinanzreform nicht zustande kommt, trifft es immer den Bürger.“

Noch einmal zur Stadtreinigung: Gegen das Vorhaben der Stadtspitze, den Betrieb in eine GmbH umzuwandeln und in die Holding aufzunehmen – als 100-prozentiges kommunales Eigentum und bei unveränderten Tarifbedingungen –, hätte ver.di nichts. Doch befürchtet Krabiell, dass CDU und FDP dies zum Anlass nehmen könnten, den Verkauf der Stadtreinigung zu fordern. Für die Mannschaft von der Stadtreinigung eine Drohung. Wer schon jetzt nicht gerade viel verdient, für den wären zu erwartende Lohnsenkungen kaum verkraftbar. Alarmstimmung und wache Aktionsbereitschaft sind nur allzu verständlich.

• GOTTFRIED BRAUN



LN. Seit Monaten finden heftige Auseinandersetzungen um die Zukunft des Leipziger Uniklinikums statt. Insbesondere der maßgeblich vom sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Georg Milbradt unterstützte Noch-Finanzvorstand Dr. Elmar Keller sorgt mit seinen Privatisierungsplänen derzeit für viel Unruhe und Irritation in der Einrichtung. Aus diesem Grunde stellte der Leipziger PDS-Abgeordnete Dr. Volker Külöw auf der Landtagsitzung am 23. Juni eine entsprechende mündli-

Uni-Kliniken doch vor Privatisierung?

che Anfrage und erklärte anschließend:

Die zuständige Staatsministerin Barbara Ludwig verneinte heute in ihrer wenig glaubhaften Antwort, dass Dr. Elmar Keller seitens der Staatsregierung einen Auftrag für die Ausarbeitung eines Privatisierungskonzeptes erhalten habe. Zugleich räumte sie ein, dass Keller sein angeblich „im eigenen Auftrag“ erarbeitetes Konzept gestern mehreren Mitgliedern der Staatsregierung in Dresden offiziell vorgestellt hat.

Auf Nachfrage wurden allerdings keine näheren Details über das Gespräch mitgeteilt. Damit wird das bisher geübte unwürdige Versteckspiel über die Privatisierungspläne für das Uniklinikum Leipzig fortgesetzt.

Die PDS-Fraktion teilt die aktuellen Sorgen der mehr als 4000 Beschäftigten um die Zukunft des Uni-Klinikums und lehnt eine etwaige Privatisierung des Universitätsklinikums strikt ab. Wir werden in nächster Zeit alle Möglichkeiten nutzen, um endlich Licht ins Dunkel der Privatisierungspläne zu bringen.

Städtische Betriebe

PDS-Standpunkt

Das Hauptziel besteht darin, die öffentliche Daseinsvorsorge vor allem in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung sowie Verkehrs- und Energiewirtschaft sicher, zuverlässig, mit sozialverträglichen Preisen nachhaltig zu gewährleisten. Eine Privatisierung dieser Kernaufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Eine Beteiligung privaten Kapitals bzw. eine volle Privatisierung von aus den

Tochterunternehmen ausgelagerten Aufgabenbereichen muss dabei im Einzelfall nach betriebswirtschaftlichen, sozialen, regionalwirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Kriterien entschieden werden. Ein Verkauf von Beteiligungen aus ausschließlich fiskalischen Gründen wird abgelehnt. ... Unternehmen der LVV-Gruppe wie auch andere städtische Unternehmen sind regional verankert und keiner Fremdsteuerung großer Konzernzentralen unterlegen. Sie sind als Firmensitze vor Ort Kerne regionaler wirtschaftlicher Entwicklung.

KORRESPONDENZ AUS HAMBURG

Bereits im Dezember 2004 hat die Kapitalgesellschaft „Asklepios“ – sie betreibt von Sylt bis Bad Tölz, auch in Radeberg, über 50 Kliniken, Rehaeinrichtungen und Altersheime – auch die Mehrheit an dem Hamburger Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) übernommen. Verkauft wurde der LBK vom CDU-Senat. Dabei hatten die Hamburger bei den Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft am 29. Februar 2004, bei der Abstimmung im Rahmen eines Volksentscheides, sich mit über 75 Prozent gegen den Verkauf der sieben Staatlichen Krankenhäuser ausgesprochen. Über dieses deutliche Wählervotum setzte sich die alleinregierende CDU mit einem Senatsbeschluss hinweg und verkaufte, wie gesagt, die stadteigenen Großkrankenhäuser. Bis heute blieb der Preis wie die Modalitäten des Verkaufs geheim. Auf der Internetseite des Klinikbetreibers

Privatisierung Hamburger Krankenhäuser führt zu Sozialabbau und Arbeitsplatzverlust

steht: „Asklepios verfügt über eine 20-jährige Erfahrung im Gesundheitswesen und Klinikmanagement. Zur Gruppe der Asklepios Kliniken gehören im Eigentum geführte Häuser, im Management betriebene Einrichtungen sowie Beteiligungen an Gesundheitseinrichtungen. Außerdem zählt zur Gruppe die Pacific Health Corporation mit 7 Akuthäusern in den USA.“ Stolz wird verkündet: „Mit der Teilprivatisierung des LBK Hamburg im Dezember 2004 wird Asklepios das größte private Klinikunternehmen in Deutschland mit einem nennenswerten und erfolgreichen Auslandsengagement. Asklepios steht für erstklassige medizinische Versorgung. Krankenhäuser der Akutversorgung werden teilweise durch hochspezialisierte, subakute Rehabilitationseinrichtungen ergänzt.“

Damit der Profit für den Klinikbetreiber „Asklepios“ bei seiner Neuerwerbung stimmt, sollen erst einmal von den 12 000 Stellen über 1000 eingespart werden. Und wie überall derzeit in der Bundesrepublik, soll die Wochenarbeitszeit verlängert, das Weihnachts- wie Urlaubsgeld gestrichen, das Gehalt reduziert werden. Die Verkündung des sozialen Einschnitts hat bei den Mitarbeitern des LBK zu großer Verunsicherung geführt. Hier schwankt die Stimmung zwischen Sorge um den Arbeitsplatz, Ratlosigkeit und steigender Wut. Wut vor allem darüber, dass die Beschäftigten von der neuen Geschäftsführung von Hamburgs größten Arbeitgeber wie Unmündige behandelt werden. Betroffen von Kündigungen sind alle Bereiche im Landesbetrieb Krankenhäuser: Pflegekräfte, Verwaltung und

Ärzte.

Der „Asklepios“-Chef Elmar Willenbrand verkündet im Lande stets vollmundig die Firmenphilosophie: „Das Unternehmen ist wie eine Auster – nach außen fest geschlossen, nach innen transparent.“ Wie ein Hohn wirkt dieser Spruch im Umgang der Klinikleitung mit seinem Personal. Derzeit überlegt der Senat sogar, ob nicht auf die Sperrminorität beim Landesbetrieb Krankenhäuser verzichtet werden kann. Dann hätte der Investor „Asklepios“ bei allen seinen Entscheidungen freie Hand. Zum Verkauf steht auch der Landesbetrieb „Pflegen & Wohnen“, der in Hamburg an zahlreichen Standorten Pflegeheime und Asylunterkünfte unterhält. Damit ein Investor den Betrieb übernimmt, wird auf eine Sperrminorität verzichtet. Auch hier sind Arbeitsplätze in Gefahr. Ob alle Pflegeheime erhalten bleiben, ist bereits vor dem Verkauf fraglich. Vielleicht werden die Häuser abgerissen und die Grundstücke teuer als Bauland verkauft.

• KARL-H. WALLOCH

Die staatsoffizielle bundesdeutsche Version:

Am 1. Juli 1990 trat der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. Er war am 18. Mai 1990 in Bonn unterzeichnet worden, nachdem am 16. Mai die Bundesregierung und die 11 westdeutschen Länder vereinbart hatten, einen „Fonds Deutsche Einheit“ für die Wiederaufbauhilfe in Ostdeutschland zu schaffen – Volumen 115 Mrd. DM.

Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nahm in währungspolitischer Hinsicht die Integration der DDR in die Bundesrepublik vorweg. Kernstück waren die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und die Umstellung der DDR-Währung auf DM zum 1. Juli 1990. Privateigentum, freie Preisbildung und die Abschaffung staatli-

Von MAXI WARTELSTEINER

cher Monopole sollten künftig die Wirtschaft in den Neuen Ländern kennzeichnen. Wichtigster Eckpfeiler auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet war die Übernahme des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems mit den Bestandteilen Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Die Sozialunion sicherte die Rechte der Arbeitnehmer in der DDR entsprechend den bundesdeutschen Grundlagen bei Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Streikrecht, Kündigungsschutz, Mitbestimmung u. a. Vor der „Treuhandanstalt“ stand von nun an keine geringere Aufgabe als die Sanierung und Privatisierung einer ganzen Volkswirtschaft ...

Volkskammer begrub DDR in kaum drei Stunden

Drei Stunden Diskussion können viel oder wenig sein. Entscheidend für die Qualität eines zur Ratifizierung anstehenden Werkes ist seine solide Machart. In diesem Fall war zu klären, ob der wohl wichtigste Vertrag, der in der Nachkriegsgeschichte zwischen den zwei Staaten abgeschlossen wurde, ein tragfähiges Zukunftsmodell bietet. Diese Frage allerdings ist zu verneinen. Weshalb auch die die PDS, Bündnis 90 und Die Grünen den Staatsvertrag ablehnten. Zu groß war der Geburtsfehler des Dokuments, das partout kein Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Partnern sein wollte. Hier diktierte ein Boss seinem Schuhputzer die Hausordnung. Den Bürgern der DDR wurde jegliches Mit-, geschweige denn Selbstbestimmungsrecht über das von ihnen erwirtschaftete Volkvermögen genommen, ihre Lebensleistungen entwertet. Ein „Ankommen“ der DDR-Bürger im Westen war so von vornherein unmöglich gemacht. Zumal der Vertragspartner DDR planmäßig zu verschwinden hatte, niemand mehr da sein würde, der ein Klagerecht wahrnehmen konnte, und kein Kontrollorgan prüft, ob sich die Union entsprechend der Absprache vollzieht.

Was also war geschehen?

Vorweg: Kanzlerberater Teltschik hielt am 6. Februar 1990 nach einer Kanzlerrunde in seinem Tagebuch fest: „Unsere Überlegung war: Wenn wir nicht wollen, dass sie zur D-Mark kommen, muss die D-Mark zu den Menschen gehen.“ Erstaunlicherweise wurde am folgenden Montag mit genau dieser Losung um den Ring marschiert. Natürlich alles Zufall. Das Sparvermögen der 16 Millionen

Am Tag, als die D-Mark kam

– sollte die Hoffnung auf den Sozialismus sterben

Die Währungsunion vom 1. Juli 1990 und die schon vor 15 Jahren ausgesprochenen Warnungen



Das T-Shirt zur Währungsunion mit den Symbolen der D-Mark war sofort auf dem Markt

DDR-Bürger betrug 180 Milliarden DDR-Mark, die am 1. Juli 1990 in DM umgestellt wurden, ein Drittel davon 1:1, die verbleibenden 120 Milliarden wurden im Verhältnis 1:2 umgerechnet. Konkret konnte man – altersabhängig – 2000, 4000 oder 6000 DDR-Mark im Verhältnis 1:1 tauschen. Alles Ersparnis, das darüber hinausging, wurde halbiert. Dennoch, die „harte DM“ öffnete die Pforten zu den Konsumpalästen des „Goldenen Westens“. Im Kaufrausch geriet den meisten fast völlig aus dem Blick, was inzwischen mit ihrer Existenzgrundlage, ihren Betrieben und aus dem gesamten Volkseigentum geschah. Wurden zum Beispiel die Löhne und Gehälter 1:1 umgestellt, so erhielten die Unternehmen für ihre Konten nur noch die Hälfte. Ob nun volkseigener Betrieb oder Handwerker, jedes Unternehmen musste mit der Hälfte des Geldes volle Löhne bezahlen. Eine Teufelei und gewiss darauf orientiert, eine

konkurrenzfähige Industrie auszuschalten. Die ohnehin damit zu kämpfen hatte, dass ihre Exporte in den Osten nun 1:1 mit Westmark bezahlt werden sollten. Die Wirtschaftsbesitzer wollten das Volkseigentum preiswert kassieren und hatten am Land, dass sich ihnen und ihrem Einfluss unerschämterweise 40 Jahre entzogen hatte, nur als neuen Absatzmarkt Interesse. Was scherten da die Bedenken und Vorschläge des „Runden Tisches“ und der Modrow-Regierung. Was scherte die souveräne Volksvertretung der DDR, die über einen sogenannten Stufenplan dem Osten Chancen für eine konkurrenzfähigen Wirtschaft eröffnen wollte. Die Währung der DDR hätte zuerst Schritt für Schritt konvertibel gemacht werden müssen, um auf dem „Freien Markt“ eine reale Chance zu haben. Experten sind sich einig: Keine Volkswirtschaft hätte die Rosskur dieser Währungsunion überstanden. Entlarvend arrogant dazu eine Notiz aus

dem politischen Tagebuch von BRD-Minister Wolfgang Schäuble: „Nach etwa zwei Stunden stieß DDR-Finanzminister Walter Romberg zu uns. Der Sozialdemokrat warf uns um viele Stunden zurück. Wir sollten uns, rügte Romberg, gefälligst abschminken, die Währungsunion schon zum 1. Juli einzuführen. Dieser Termin sei viel zu früh. Ich habe den Mann völlig fassungslos angeschaut und gefragt: ‚Sagen Sie mal, Sie sind doch in dieser Regierung der Finanzminister?‘ Als Romberg bejahte, fuhr ich fort: ‚Vor wenigen Tagen haben Sie eine Regierungserklärung abgegeben und die Währungsunion zum 1. Juli angekündigt. Und jetzt, ein paar Tage später, fangen Sie an, dieses von Ihnen selbst gesetzte Datum wieder in Zweifel zu ziehen! Wissen Sie was, Herr Romberg: Sie können einpacken, wenn Sie jetzt schon wieder Verunsicherung schaffen. Das halte ich nun wirklich für lebensmüde.‘

Offen gesagt, bin ich mir heute noch nicht sicher, was den Herrn Romberg in dieser Nacht getrieben hat: Ob der wirklich noch im Sinne des SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine die Währungsunion verhindern wollte oder ob er einfach ein politikferner Mann war. Staatssekretär Günther Krause hat später mehrmals kategorisch Rombergs Sturz verlangt. Er unterstellte dem Sozialdemokraten schlicht Sabotage.“

Sabotage an der DDR-Volkswirtschaft waren Vorgaben des Staatsvertrages über die Währungsunion, unabhängig davon, dass sich dieser ohnehin einer verfassungsrechtlichen Grundlage entzog – zum Beispiel durch Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit der DDR, durch Einschränkung ihrer Rechtsprinzipien.

Gregor Gysi als Vorsitzender der PDS-Fraktion hatte am 21. Juni 1990 in der Volkskammer der DDR noch ausführlich und ausdrücklich vor dem Experiment Staatsvertrag gewarnt. Da die Regelungen den Betrieben der DDR jede Chance auf Wettbewerbsfähigkeit nehmen, werde ein unvorstellbarer Industrieabbau begleitet von Massenarbeitslosigkeit die Folge sein. Was bliebe, sei sein Billiglöhndland, einzig geeignet, die Lohnabhängigen beider Länder gegeneinander auszuspielen.

Eine Währungsunion ohne eine vorangegangene Wirtschaftsunion, das war der geplante Todesstoß für die einst zehntstärkste Industrienation. Auch eine von der Ost-SPD mitangedachte Beteiligung der DDR-Bürger an ihrem Volkseigentum war nie vorgesehen. Im Gegenteil, die Weichen waren auf Privatisierung, auf Umverteilung von Ost nach West gestellt. Der Einigungsvertrag mit seinen Gräueln wie dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ vollendete die am 1. Juli vor 15 Jahren begonnene bedingungslose Kapitulation der DDR.

6. 7. 1990: In Ost-Berlin beginnen die Verhandlungen zum Einigungsvertrag, dem zweiten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

16. 7.: Konstituierung der DDR-Treuhandanstalt, die für die Abwicklung der 8000 Volkseigenen Betriebe zuständig ist.

3. 8.: In Ost-Berlin wird der gesamtdeutsche Wahlvertrag unterzeichnet. Damit wird der Geltungsbereich des Bundeswahlrechts auf die DDR erweitert.

9. 8.: In der Volkskammer scheitert der Wahlvertrag vom 3. August, da die erforderliche Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung knapp verfehlt wird. Im Bundestag verweigert die Opposition die Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, die vorgezogene Wahlen ermöglicht hätte.

19. 8.: Die SPD verlässt die Regierungskoalition in der DDR. Damit verliert Ministerpräsident de Maizière die Regierungsmehrheit. Die Liberalen entzogen bereits am 24. Juli der Regierung ihre Unterstützung (jedoch nicht ihre Minister).

22. 8.: Die Volkskammer verabschiedet das Wahlgesetz, das im ersten Anlauf am 9. August gescheitert war.

23. 8.: Die Volkskammer beschließt mit der erforderlichen

Zweidrittelmehrheit „den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3.10.1990“.

12.9.: Abschluss der „Zwei-plus-Vier-Gespräche“. Die Außenminister der vier ehemaligen Siegermächte und der beiden deutschen Staaten unterzeichnen in Moskau den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“. Die alliierten Hoheitsrechte werden mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 ausgesetzt.

20.9.: Bundestag und Volkskammer verabschieden gegen die Stimmen der Grünen und der PDS den Einigungsvertrag.

29.9.: Das Bundesverfassungsgericht lehnt den gesamtdeutschen Wahlvertrag vom 3. August 1990 als verfassungswidrig ab, da es gegen den Grundsatz der Wahlgleichheit verstoße. Die einheitliche fünfprozentige Sperrklausel benachteilige Parteien und andere politische Vereinigungen aus der DDR.

3.10.: Die DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Bundespräsident Richard von Weizsäcker ernannt fünf ehemalige DDR-Politiker zu Ministern ohne Geschäftsbereich.



Vorschlag: Die Linkspartei. PDS Sachsen

Auf seiner Sitzung am 21. Juni 2005 hat der Landesvorstand der PDS Sachsen eine außerordentliche Tagung des 8. Landesparteitages für den 7. Juli 2005 nach Freital einberufen. Grund der Einberufung ist die geplante Änderung des Parteinamens der PDS Sachsen. Einziger Tagesordnungspunkt wird daher die Diskussion und der Beschluss zur Änderung der Landessatzung der PDS Sachsen § 1 Absatz 2 über den Namen der PDS Sachsen sein. Der Landesparteitag muss mit den Stimmen von zwei Dritteln aller gewählten Delegierten eine Änderung der Landessatzung im § 1 (2) beschließen, die mit dem Beschluss des außerordentlichen Bundesparteitages, der am 17. Juli 2005 stattfindet, wirksam wird.

Die Landesvorsitzende der PDS Sachsen, Dr. Cornelia Ernst erklärte dazu:

„Ich werde dem Parteitag vorschlagen, die PDS in ‚Linkspartei‘ umzubenennen und nach dem Punkt den Zusatz ‚PDS Sachsen‘ zu führen. Der neue Name, unter dem wir zur geplanten Bundestagswahl im Herbst antreten werden, ist ein Zeichen für einen Neuanfang der Linken, und trotzdem werden wir unserer gewachsenen Tradition gerecht und bleiben für unsere Wählerinnen und Wähler erkennbar.“

Umstrittene Finanzspritze für LB

LN. Die Ankündigung von Finanzminister Metz, der Landesbank Sachsen eine Finanzspritze in Höhe von 300 Millionen Euro zu geben, hat die Kritik an dem Finanzinstitut und der Landesregierung neu entfacht. Hintergrund der Kapitalerhöhung ist die von Rating-Agenturen beklagte geringe Kapitaldecke der einzigen ostdeutschen Landesbank. Damit droht der SachsenLB ab diesem Sommer der Wegfall der Staatsgarantien für öffentliche Banken. FDP-Fraktionschef Zastrow bezeichnete den Plan als „schlicht-

weg unverantwortlich“. Zuerst müsse ein tragfähiges Konzept auf den Tisch, das den Mittelstand mehr berücksichtigt. Die Grünen wollen wissen, wie die Kapitalhilfe trotz Haushaltsperre zustande kommen soll. Der SPD-Wirtschaftsexperte Nolle spricht von einer Verlagerung der Probleme der Bank in die Zukunft. Die Aufstockung wäre nicht nötig gewesen, wenn in der Vergangenheit die Aufsicht über die SachsenLB funktioniert hätte.

PDS-Fraktionschef Porsch erwartet die Einbeziehung des

Landtags in die Entscheidungsfindung. Die PDS werde alles unterstützen, was der langfristigen Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Bank dient. Sachsen brauche die LB bei der Unterstützung von Großansiedlungen, mit denen das Rückgrat der sächsischen Wirtschaft gestärkt wird. „Die aktuelle politische Krise haben auch diejenigen Koalitionspolitiker mit zu verantworten, die bei den Haushaltsberatungen unseren Antrag auf Einschränkung der Ermächtigungen für die Staatsregierung abgelehnt haben.“

Gemeindekassen zusätzlich belastet

LN. Die Staatsregierung hat mit der Antwort auf die Kleine Anfrage des der PDS-Abgeordneten Sebastian Scheel, Sprecher der Fraktion für Kommunalfinanzen, eingeräumt, dass als Konsequenz aus der Steuer-schätzung auf die Kommunen Sonderbelastungen in Höhe von 82,5 Millionen Euro im Jahre 2005 und 152,1 Millionen Euro im Jahre 2006 zukommen. Mit der Weigerung des Freistaates, dem Anliegen der PDS-Fraktion zu folgen und die Mittel für die Wohngeld-Mehrkosten aufzustocken, verschlechtert sich die Finanzsituation der Kommunen zusätzlich. Darüber hinaus hat die Staatsregierung die Frage der Anwendung der Switch-Klausel noch nicht geklärt. Das Land will sich damit die Möglichkeit offenhalten, den laufenden Finanzausgleich zwischen Freistaat und Kommunen nachträglich zu Lasten der Kommunen zu ändern. Scheel erklärt dazu: „Jeder Tag, an dem die Kommunen keine Klarheit über die ihnen zufließenden Landesmittel haben, führt zu gigantischen Haushaltsrisiken der Kommunen.“

Ausschuss prüft Mitwisserschaft der Regierung

LN. Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Sächsischen Landesbank hat vorige Woche in seiner zweiten Sitzung festgelegt, dass er bereits am 11. Juli und damit noch vor der parlamentarischen Sommerpause mit dem Tutzingener Geschäftsmann Ludwig Hausbacher von der Industrie Immobilien Leasing GmbH den ersten Zeugen vernehmen wird. Die PDS-Fraktion setzte, wie ihr Obmann Klaus Tischendorf informierte, einen entsprechenden Antrag durch. Im Interesse der Zukunft der Bank lege sie auf eine zügige Aufklärung wert und begrüße es, dass die Ausschussmehrheit auf Verzögerungsmanöver verzichtet hat. Hausbacher hat dem Ausschuss umfangreiche Unterlagen, darunter Briefe an die Staatskanzlei, zur Verfügung gestellt. Er hat angekündigt, „die Tiefe und das Ausmaß der Mitwisserschaft und die wenig durchschaubaren wirtschaftlichen Interessen“ von Ministerpräsident Milbradt und Finanzministers Metz dokumentarisch zu belegen.

Schulschließungen über das Vereinbarte hinaus

LN. Nach dem jüngsten Tauziehen um Schulschließungen in Sachsen will die Landesregierung trotz flächendeckender Proteste etwa 100 Schulen schließen. Betroffen sind dabei auch etwa 50 Schulen, denen ein sogenannter Mitwirkungsentzug für einzelne Klassenstufen erteilt wurde. Dazu erklärt MdL Julia Bonk, PDS-Fraktion: „Diese partikularen Mitwirkungsent-

züge schaden der Schulqualität und waren in der Vereinbarung der Koalitionsfraktionen vom 24. Mai explizit ausgeschlossen worden. Die SPD muss zeigen, wie wichtig ihr in der Regierung Schulen noch sind, und darf nicht alles mit sich machen lassen. Sie wird sonst unglaublich.“ Schüler dürften nicht mehr als eine Stunde am Tag auf dem Schulweg unterwegs sein.

Ausbildungsplätze – ein Trauerspiel wie in jedem Jahr

LN. Gegewärtig fehlen – ähnlich wie in den Vorjahren – in Sachsen 33 000 Lehrstellen. Bindende Zusagen der Wirtschaft gibt es nicht. Zu der in der vorigen Woche ausgerufenen „Ausbildungsoffensive 2005“ äußerte Freya-Maria Klinger, jugendpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion: „Alle Jahre wieder das gleiche Trauerspiel. Kurz vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres wird es hektisch im Wirtschaftsministerium...“ Zu der von Ministerpräsident Milbradt schnell einberufenen Beratung mit Vertretern der

Wirtschaft stellt sie fest, mit einem händeringendem Appell hofft er wenigstens einen Teil dieser Lücke schließen zu können. Da aber Appelle allein nie die notwendige Wirkung zeigen, setze der Koalitionsantrag von vorn herein nur auf die zweitbeste Lösung, auf überbetriebliche Ausbildungsplätze. Gleichzeitig schiebe die CDU den Schwarzen Peter den jungen Menschen zu. Sie seien zum großen Teil weder ausbildungsfähig noch ausbildungswillig – also selber schuld, wenn sie leer ausgehen.

Vor der Wirtschaft eingeknickt

LN. Der DGB Sachsen hat Ministerpräsident Milbradt vorgeworfen, die Arbeitgeber aus ihrer Verpflichtung zur Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen zu entlassen. „Der Ministerpräsident ist vor der Wirtschaft eingeknickt“, sagte der sächsische DGB-Vorsitzende Hanjo Lucassen. „Der Ministerpräsident hätte eine konkrete Zusage der Arbeitgeber und Kammern zur Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Sachsen einfordern müssen.“ Dann hätte der Ausbildungs-Gipfel auch einen Sinn gehabt.

14. Juni

Dresden. Der Untersuchungsausschuss des Landtags zur Landesbank Sachsen nimmt seine Arbeit auf.

Chemnitz. Oskar Lafontaine setzt sich auf einer Kundgebung am Karl-Marx-Denkmal polemisch mit der neoliberalen Politik in Deutschland auseinander.

16. Juni

Dresden. Bei Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Gruppen im Stadtteil Neustadt nach Provokationen der Neonazis werden vier Menschen verletzt und neun Fahrzeuge beschädigt.

17. Juni

Machern. Die Stundung der Kreisumlage, die Fusion mit Nachbargemeinden und die Ausschöpfung eigener Möglichkeiten bis zur Schmerzgrenze sollen nach einem Vorschlag des Landrats die hochverschuldete Gemeinde im Muldentalkreis retten.

Dresden. Im Ergebnis der jetzt beendeten neuerlichen Überprüfung der über 31 000 Lehrer Sachsens auf MfS-Kontakte wird einer Lehrkraft gekündigt.

19. Juni

Dresden. Ministerpräsident Milbradt

SACHSEN-CHRONIK

14. bis 27. Juni

unterbreitet Vorschläge zur Neuausrichtung des Aufbaus Ost im Falle eines Unions-Sieges bei der Bundestagswahl. Im Interesse einer „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ plädiert er für eine Begrenzung staatlicher Standards, wie sie im Antidiskriminierungsgesetz, im Teilzeitgesetz und im Gesetz zur Befristung von Arbeitsverträgen enthalten sind.

Dresden. Nach Mitteilung des Landeskriminalamtes lässt die NPD ihre Schriften nicht nur in Polen drucken, sondern seit längerem auch in der Slowakei.

20. Juni

Leipzig / Dresden. In einer Urabstimmung befürworten 80 Prozent der Lehrer den Kompromiss zwischen Kultusministerium und Gewerkschaft, wonach durch die Reduzierung der Arbeitszeit und der Einkommen in den nächsten fünf Jahren

Kündigungen vermieden werden. Drei Tage später wird der Vertrag unterzeichnet **Leipzig / Dresden.** Die Anteilseigner der Sachsenbank beschließen eine Kapitalerhöhung des Finanzinstituts um 300 Millionen Euro, die der Freistaat ungeachtet seiner aktuellen Haushaltprobleme finanziert.

Dresden / Leipzig. Die finanziellen Mittel für das erst im April vom Landtag beschlossene Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sollen nach Mitteilung von Staatskanzleichef Winkler um 100 000 Euro, das sind fünf Prozent der geplanten Summe, gekürzt werden.

23. Juni

Neugersdorf. Die jahrelangen Bemühungen für den Erhalt des Textilwerks Neue Erba Lautex mit 220 Beschäftigten sind gescheitert. Das Unternehmen wird Ende

des Monats geschlossen.

Dresden. Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Lehmann, schlägt im Landtag vor, bei Hirschfeld an der Neiße nahe der polnischen Grenze ein Atomkraftwerk zu errichten, und stößt damit bei Grünen, SPD und PDS auf entschiedenen Widerstand, bis sich auch seine eigene Fraktion davon distanzieren.

25. Juni

Dresden. Der Stadtrat beschließt, knapp drei Viertel der städtischen Anteile an der kommunalen Wohnungsgesellschaft Woba zu veräußern, und sucht Käufer. Mit dem erhofften Erlös von rund 500 Millionen Euro will die Stadt ihre 800 Millionen Euro Schulden verringern.

Dresden. Der Sächsische Ärztetag fordert ein Angleichung der ostdeutschen Arzthonorare an das Westniveau, damit junge Ärzte in Ostdeutschland bleiben.

27. Juni

Zittau. In der ostsächsischen Stadt beginnen die dreitägigen Feierlichkeiten zum 750. Jahrestag der Gründung des Ortes um 1230, der seit 1255 Stadtrecht besitzt.

Die Bundeswehr – Instrument einer aggressiven deutschen Außenpolitik

Die Bundeswehr beging am 7. Juni den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Dieses Jubiläum, dessen Feierlichkeiten sich bis in den November erstrecken, sollte Anlass sein, ihre Rolle, die sie bei der Realisierung der deutsche Außenpolitik spielt, näher zu betrachten.

Als im Jahr 1990 der Bundeswehr der Feind abhanden kam, erfolgte sehr bald eine Neuorientierung, die von den wirtschaftlichen Interessen des Großkapitals geprägt und von der Außenpolitik der BRD unterstützt wurde. Die Umwandlung von der Verteidigungsarmee mit dem „Staatsbürger in Uniform“, so der offizielle Gründungsanspruch, zu einer Angriffsarmee, die außerhalb des Landes Kampfhandlungen ausführt, wurde dabei in kleinen Schrit-

Von **HELMUT ULRICH**

ten realisiert. Das geht auch aus der nebenstehenden Aufstellung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, hervor. Der Gründungsanspruch war seitens der Bundesregierung zu keiner Zeit ernst gemeint. Der damalige Bundeskanzler Adenauer forderte die Angehörigen von Grenzschutzeinheiten auf, „bei der Wiedergeburt deutschen Soldatentums mitzuwirken“. Im Juli 1956 wechselten deshalb 10 000, unter ihnen viele ehemalige Wehrmachtssoldaten, in die Bundeswehr.

Großmachtbestrebungen von Politik und Wirtschaft

Neuerdings werden die Ziele der deutschen Außenpolitik und die sich daraus ergebenden Forderungen an die Bundeswehr in erschreckender Deutlichkeit öffentlich erörtert, vor allem was die Sicherung von Rohstoffen im eurasischen und afrikanischen Raum betrifft. So heißt es in Kreisen des Auswärtigen Amtes, dass sich „Deutschland ungeachtet vergangener Koalitionen und Verträge auf die kriegerische Ressourcensicherung in Zentralasien einzurichten habe. Dieser Raum gleicht jener strategischen Ellipse, in der rund 70 Prozent der Erdöl- und 65 % der Erdgasvorräte lagern. Wie auf dem Balkan und in Afghanistan, wo deutsche Soldaten voraussichtlich noch Jahre, möglicherweise Jahrzehnte stationiert sein werden, so müsse Deutschland auch im asiatischen Großraum präsent sein – zur eigenen Daseinsvorsorge.“

Die Legitimation dieser Forderung soll vor allem über die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) erfolgen. Die 1992 in Bonn eröffnete Akademie, die dem Verteidigungsministerium zugeordnet ist, hat intensive Beziehungen zu Politik, Wirtschaft und Militär. Sie veranstaltet regelmäßig Elitenseminare unter Teilnahme von höheren Führungskräften aus Wirtschaft und Verwaltung, die von Militärs, Repräsentanten von Ministerien sowie durch Vorstandsmitglieder exportorientierter Großunternehmen instruiert werden. Als Interessengebiete für die deutsche Wirtschaft gelten dabei in Zentralasien: Kasachstan, Kirgistan, Usbeki-

stan, Tadschikistan und Turkmenistan. Neben ihren Energieressourcen bilden sie eine geografische Brücke nach China und sind wichtig für geostrategische Eindämmungspläne gegen Moskau sowie Peking. In Afrika ist es vor allem Ostafrika, wo deutsche Unternehmen ein transnationales Eisenbahnnetz mit etwa drei Milliarden Euro Gesamtkosten bauen. Der Ausgangspunkt ist der Südsudan. Die Bundeswehr übernimmt den Schutz der Baumaßnahmen. Weitere Interessengebiete (Rohstoffe) befinden sich in Kongo, Togo, Zimbabwe und Nigeria.

„Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“

Mit diesen Worten hat der Verteidigungsminister Struck im Dezember 2002 die aus den Forderungen von Politik und Wirtschaft erwachsenden künftigen Aufgaben der Bundeswehr eindeutig ausgesprochen. Dementsprechend werden die Vorbereitungen zur Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Einsätze intensiviert. Die Präzisierung der dazu notwendigen Maßnahmen erfolgte in den am 21. Mai 2003 veröffentlichten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“. Hier heißt es u. a.: „Für die ... Ausrüstungsplanung ergibt sich ... eine Priorität für

die bisher nicht vorhandenen Teilfähigkeiten ‚strategische Verlegung‘, ‚weltweite Aufklärung‘ und ‚leistungsfähige und interoperable Führungssysteme und -mittel‘.“ Das bedeutet, dass eine kostenaufwändige technische Erneuerung der Bundeswehr erforderlich ist, die auch nicht durch eine personelle Reduzierung ausgeglichen wird. Der Umfang, in dem diese Aufrüstung geplant ist, übersteigt auf alle Fälle selbst die Anforderungen, die zur Niederschlagung eines begrenzten Aufstandes erforderlich wären – hier wird das Potential für eine echte Aggressionsarmee geschaffen. Da sind u. a. die 60 Transportflugzeuge vom Typ A400M, die je 37 Tonnen über 9000 km transportieren können, sowie neue U-Boote mit Brennstoffzellen-Antrieb, die wochenlang unter Wasser bleiben und in große Tiefen tauchen können, und der Eurofighter, der mit seinem Aktionsradius von mehr als 1400 km ebenfalls eine reine Angriffswaffe ist. Die deutschen Militärs haben seit langem ein visionäres Ziel, das sie mit Hilfe der EU-Streitkräfte zu erreichen hoffen – den ungehinderten Zugriff auf die französischen und britischen Kernwaffen.

In einem Diskussionspapier der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vom Januar 2005 mit dem Untertitel „Häuserkampf in Städten als dominante

Kernfähigkeit der Zukunft“ wird empfohlen, dass die Bundeswehr ihre Fähigkeit zur Kriegführung in Städten ausbaut und damit das „militär- und sicherheitspolitische Gewicht Deutschlands vergrößert“. Die SWP, die den Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät, geht davon aus, dass künftige Kampfhandlungen immer häufiger in Städten ausgetragen werden. In dem Papier werden die Hauptstädte afrikanischer Staaten als mögliche Orte von Operationen der NATO Response Force oder der EU-Battle Groups genannt (in beiden sind Einheiten der Bundeswehr integriert). Zur Vorbereitung auf diese Einsätze erfolgt bereits die Ausbildung von Einheiten auf der „Ortskampfanlage Bonnland“ auf dem Gelände der Infanterieschule in Hammelburg sowie der „Stadtkampfanlage Lehnin“ (Brandenburg). Zur praktischen Vorbereitung auf Kampfhandlungen in zivilen Gebieten entsandte die Bundeswehr im Mai des vergangenen Jahres 15 Soldaten nach Israel. Sie sollen sich mit den „umfangreichen Erfahrungen der israelischen Armee bei Operationen im städtischen Umfeld“ vertraut machen und speziell in die Taktik des Häuserkampfes eingeführt werden. Für diesen Zweck werden spezielle Waffen und Fahrzeuge entwickelt.

Auslandseinsätze (out of area) der Bundeswehr seit 1990

- Mai 1992 bis November 1993, Kambodscha: 140 Sanitätssoldaten zur Betreuung von UN-Soldaten.
- Juli 1992 bis Januar 1996, Balkan: Transportflüge nach Sarajevo (humanitäre Hilfe), Bundesmarine beteiligt sich an der Überwachung des UN-Embargos gegen Jugoslawien.
- Mai 1993 bis März 1994, Somalia: 1 700 Soldaten im ersten „ernsten“ Auslandseinsatz.
- Juni 1995, Jugoslawien: Unterstützung der UN-Truppen durch Transport- und Aufklärungsflugzeuge.
- Seit 1996, Bosnien-Herzegowina: Stationierung bewaffneter Einheiten.
- März 1997, Albanien: Gewaltsame Evakuierung von ausländischen Zivilisten mit Hubschraubern.
- März bis Juni 1999, Jugoslawien: Die Bundeswehr beteiligt sich mit Kampfflugzeugen am NATO-Überfall.
- Seit Juni 1999, Kosovo: Bundeswehreinheiten sind Teil der Besatzungstruppen mit einem eigenem Sektor.
- August 2001, Mazedonien: Beteiligung an einem NATO-Einsatz gegen „Bürgerkriegsbanden“.
- Seit November 2001, „Krieg gegen den Terror“: Die Marine kreuzt im Mittelmeer und vor der Küste Afrikas. Bodentruppen sind in Afghanistan stationiert, Spezialkräfte führen gemeinsam mit US-Streitkräften geheimgehaltene Einsätze durch.
- März bis Mai 2003, Irak: Verstärkung der ABC-Einheiten in Kuwait. Hilfe bei Aufklärungsaufgaben an Bord von AWACS-Flugzeugen.
- April 2005: Der Bundestag beschließt die Entsendung von Bundeswehreinheiten, deren Einsatz grundsätzlich auf „das gesamte Territorium Sudans“ mandatiert und „planerisch“ auf eine Dauer von sechs-einhalb Jahren angelegt ist.
- Nach Bundeswehrangaben sind gegenwärtig 6 480 deutsche Soldaten im Ausland stationiert, vor allem in Kosovo, in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina.



„Krieg gegen den Terror“. Die Bundesmarine am Horn von Afrika



Deutsche Panzer als KFOR-Truppe in Kosovo

VOR 60 JAHREN: LEIPZIG NACH DEM KRIEGSENDE

Die Amerikaner und die „Russen“

Kleine Chronik

18. April 1945 – Amerikanische Truppen rücken weitgehend kampflos in Leipzig ein. – Das Nationalkomitee Freies Deutschland tritt aus der Illegalität heraus und beginnt mit der Organisation der Versorgung, dem Kampf gegen Plünderer sowie der Entlarvung und Entwaffnung von Faschisten.

19. April – Die Militärverwaltung proklamiert die Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze, fordert von der Bevölkerung die Ablieferung von Waffen, Munition und Radios und verhängt eine nächtliche Ausgangssperre.

23. April – Militärkommandant Eaton setzt den Deutsch-Nationalen Dr. Vierling, Rechtsanwalt, als Bürgermeister und den rechten SPD-Politiker Fleißner als Polizeipräsidenten ein.

26. April – Der amerikanische Stadtkommandant verbietet mit Wirkung vom 28. April die Tätigkeit des NKFD, das fortan bis zum Ende der amerikanischen Besetzung halb illegal arbeitet.

27. April – Die Militärverwaltung stellt der Stadtverwaltung einen vornehmlich aus Vertretern der Industrie, der Banken und anderen Rechtskräften bestehenden „Beirat“ zur Seite.

14. Juni – Faktisch unter illegalen Bedingungen konstituiert sich der „Antifaschistische Block Leipzig“, zu dessen Präsidium u. a. Fritz Selbmann (KPD) und Erich Zeigner (SPD) gehören.

25.–28. Juni – Die Verbände der US-Armee verlassen die Stadt.

26. Juni – Unter Vorsitz des Stadtkommandanten tagt erstmals ein provisorisches Stadtparlament, das sich auf Druck der demokratischen Kräfte zu gleichen Teilen aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Bürgerlichen zusammensetzt.

2. Juli – Die amerikanische Militärverwaltung übergibt die Stadt an die Vertreter der Sowjetarmee. Der Einmarsch sowjetischer Truppen beginnt.

5. Juli – Im „Capitol“ findet die erste legale Versammlung der KPD statt. Im Mittelpunkt stehen der Aufruf der Partei vom 11. Juni und die Arbeitereinheit.

5. Juli – Stadtkommandant General Trufanow setzt den Sozialdemokraten Dr. Erich Zeigner als Oberbürgermeister und den Kommunisten Kurt Roßberg als dessen Ersten Stellvertreter ein.

7. Juli – Im „Capitol“ findet die erste Plenartagung des Antifaschistischen Blocks Leipzig statt, an der mehrere Hundert Vertreter von Ortsausschüssen und je 200 Vertreter von KPD und SPD teilnehmen.

5. August – Zehntausende Leipziger nehmen, einem Aufruf der KPD folgend, auf dem Markt an der ersten Massenkundgebung nach dem Krieg teil.

6. August – Der OBM und Vertreter der Wirtschaftskammer unterzeichnen eine „Verordnung zur Wiedererweckung der Leipziger Messe“, die zunächst in einer Musterschau Leipziger Erzeugnisse im Oktober ihren Niederschlag findet.

11. August – Erster Leipziger Subbotnik an der schwer zerstörten Kongreßhalle.

16. September – Die SMAD ordnet die Wiedereinrichtung der Deutschen Bücherei an, was die Zurückführung aller ausgelagerten Bestände einschließt. Im November wird sie eröffnet.

September – Beginn der Bodenreform im Stadtgebiet.

29. Oktober – Die Landesverwaltung beschließt die Enteignung des Kriegsverbrechers Flick. In Leipzig betrifft das die Allgemeine Transportanlagen-GmbH.



Einzug sowjetischer Truppen in Leipzig. Typisch: die Panjewagen.

Die Legende

Damals, als die Amerikaner aus Leipzig abzogen und kurz darauf Verbände der Sowjetarmee einrückten, ging das Gerücht, das sich auch noch geraume Zeit halten sollte – die Westalliierten und die Sowjetunion hätten, ihre Besatzungszonen betreffend, einen Gebietstausch vorgenommen: die von Truppen der Westalliierten besetzten Teile Sachsens und Sachsen-Anhalts sowie Thüringen und andere Gebiete gegen Westberlin. In der Tat aber waren die Besatzungszonen und die gemeinsame Verwaltung von Groß-Berlin bereits lange vor der Jalta-Konferenz, nämlich mit einem in London am 12. September 1944 zwischen den drei Großmächten vereinbarten Protokoll festgelegt worden – unbeschadet späterer Ergänzungen einschließlich des Beitritts Frankreichs zum Protokoll.

Das Erbe der amerikanischen Besatzer

Die Besatzungsmacht tat nicht nur wenig zur tatsächlichen Ausmerzung des Faschismus und zur Überwindung seiner Folgen. Sie tat nichts, um jene Verhältnisse anzutasten, auf denen die Macht der Nazis beruhte. Im Gegenteil behinderte sie massiv die antifaschistischen Kräfte der Stadt, die sich daran machten, ein neues Leben in Gang zu setzen. So geschah es, dass der von den Amerikanern eingesetzte Bürgermeister Vierling dem Naziverleger Edgar Herfurth am 15. Mai 1945 den lukrativen Auftrag vermittelte, das „Amtliche Nachrichtenblatt“ der Stadt mit einer Auflagenhöhe von 300 000 Exemplaren zu drucken und zu vertreiben.

Der auf Initiative der amerikanischen Militärverwaltung berufene 17-köpfige

Beirat der Stadt setzte sich vorwiegend aus führenden Vertretern der Großindustrie, des Großhandels und der Großbanken zusammen. Mitglieder waren auch ein Reichsgerichtsrat und der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftskammer.

In einer späteren Einschätzung der Leipziger KPD zur Personalpolitik der Stadtverwaltung in der Zeit der amerikanischen Besatzung heißt es: „Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner entwickelten sich Tendenzen (wachsend aus dem Versuch, die Verwaltung tragen zu lassen von Einzelpersonlichkeiten, meist bürgerlichen Gepräges), das Gesamtgefüge zu schonen und nur Spitzenrepräsentanten der zusammengebrochenen Nazibewegung auszuschalten. ... Die höheren Beamten mussten gleichfalls ausscheiden. Sehr oft war das ‚Ausscheiden‘ aber nur scheinbar. Bisherige Beamte führten als Angestellte die gleichen Funktionen weiter.“

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“, das am 16. April den Leipziger Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten in einem offenen Brief zur kampflosen Übergabe der Stadt an die amerikanischen Truppen aufgerufen hatte und mit dem Einmarsch der Amerikaner aus der Illegalität heraustret und die Entlarvung und Entwaffnung der Naziverbrecher begann, wird am 26. April verboten und ist gezwungen, halblegal weiterzuarbeiten.

Am 28. Mai kann in Leipzig der „Zentrale Ausschuss des Antifaschistischen Blocks“ nur illegal gegründet werden. Auch die Neukonstituierung am 14. Juni unter der Bezeichnung „Antifaschistischer Block Leipzig“ erfolgt faktisch unter Bedingungen der Illegalität.

Namens der Leipziger KPD fordert Fritz Selbmann am 10. Juni von USA-General

Eisenhower, den antifaschistischen Kräften eine freie Betätigung „im Kampf gegen den dominierenden Einfluß der Nazis in der Verwaltung und im sozialen Leben“ zu ermöglichen.

Neben ihren Restriktionen gegen die antifaschistisch-demokratischen Kräfte waren die amerikanischen Besatzer wie überall im Lande darauf aus, sich manches, was ihnen wert schien, unter den Nagel zu reißen. Das fing an beim Gästebuch des Oberbürgermeisters (es wurde erst vor wenigen Jahren mit großer Publicity zurückgegeben) und reichte bis zum Diebstahl von Maschinen, technischen Ausrüstungen, Patenten und technologischen Dokumentationen der Betriebe. Der amerikanische Geheimdienst entwendete Forschungs- und Lehrmaterialien der Universität, besonders naturwissenschaftliche Unterlagen, und er verschleppt aus Leipzig 82 Wissenschaftler und über 100 Ingenieure.

Karl-Heinz Blaurock, ehemaliger Vorsitzender der Stadtplankommission, schreibt in seinen Erinnerungen: „So ließen sie auch sämtliche Unterlagen über unterirdische Versorgungsnetze wie Gas, Wasser, Strom, Entwässerung unter anderem der Stadt Leipzig mitgehen. In jahrzehntelanger systematischer Arbeit mußten sie neu erfaßt werden.“

Leipziger Antifaschisten formieren sich

Unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen in Leipzig und ungeachtet der Schikanen der Besatzungsmacht fanden sich Antifaschisten verschiedener politischer Herkunft zusammen, um den Kampf um die Sicherung der täglichen Existenz, gegen die Überreste des Naziregimes sowie Plünderer und Hamsterer zu organisieren und um jene Ziele ins Auge zu fassen, die dann unter sowjetischer Besatzung Schritt für Schritt in Angriff genommen werden konnten.

Wie schon erwähnt, war das NKFD bereits vor Einzug der Amerikaner aktiv. Der Ende April in Leipzig gegründete Antifaschistische Block, dessen Präsidium u. a. Fritz Selbmann (KPD) und Dr. Erich Zeigner (SPD) angehörten – die Parteien sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugelassen –, und der später auch LDP und CDU zur Mitarbeit einlädt, stimmt in allen wesentlichen Fragen mit dem Aufruf der KPD vom 10. Juni 1945 überein.

Die Bezirksleitung Leipzig der KPD orientierte im Juni auf die Bildung antifaschistischer Komitees in Häuserblocks, Siedlungen, Betrieben usw.

Unmittelbar vor dem Eintreffen der So-

Begegnung neuer Art

In den ersten Monaten und teils noch Jahre nach Kriegsende waren die persönlichen Beziehungen von einfachen deutschen Bürgern und Sowjetsoldaten – soweit man das als Kind empfinden konnte und, wie wir erst später begriffen, aus sehr naheliegenden Gründen – ziemlich reserviert.

Ein kleines Erlebnis im Herbst 1945 weckte bei mir ein anderes Empfin-

den. Als Neunjähriger war ich mit einem gleichaltrigen Freund auf der Suche nach dringend benötigtem Heizmaterial. Uns begleitete mein fünfjähriger Bruder. Nahe dem Betriebsgelände der Pittler-Werke in Leipzig-Wahren fanden wir einen Berg von alten und scheinbar herrenlosen Brettern. Als wir uns schon einige unter den Arm geklemmt hatten und uns heimwärts trollen wollten, stellte uns der Betriebschutz. Wir mussten mit in die Wach-

stube und uns eine geharnischte Strafpredigt anhören, in der vermutlich das Wort Volkseigentum vorkam. Dann wurden wir entlassen. – Die Szene hatte ein sowjetischer Soldat beobachtet, ein baumlanges Kerl, nach dem Aussehen vielleicht ein Kaukasier. Er winkte meinem kleinen Bruder und schnürte ihm ein stattliches Bündel Holz zum Mitnehmen – das natürlich wir Großen zu tragen hatten.

• GÜNTER LIPPOLD

wjetarmee erklärte der Antifaschistische Block Leipzig seine Absicht, die sowjetischen Militärbehörden bei der Entfernung aktiver Nazis aus Stadtverwaltung, Landratsamt, Finanzamt, Polizeibehörde usw. zu unterstützen und Vorschläge für die Neubesetzung der Stellen aus dem Kreis befähigter und bewährter Antifaschisten zu unterbreiten. In engem Zusammenwirken mit der Roten Armee wollte sie an der Feststellung und Festnahme aktiver Faschisten mitwirken.

Stadt und sowjetische Besatzungsbehörden

Der Einzug der Roten Armee in Leipzig ab 2. Juli und die Einrichtung einer sowjetischen Militärkommandantur bringt für alle antifaschistisch-demokratische Kräfte die Möglichkeit legaler und uneingeschränkter politischer Betätigung. Stadtkommandant wird Generalleutnant N. I. Trufanow. Er übt diese Funktion bis Mitte November 1945 aus.

In dieser Zeit haben er und sein Stab gemeinsam mit den antifaschistischen Organisationen der Stadt und der neuen Stadtverwaltung eine unermüdliche Arbeit geleistet, um die dringendsten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzupacken und einer Lösung näherzubringen, das Leben in der Stadt allmählich zu normalisieren, das geistige und kulturelle Leben zu erneuern und alle Relikte des Nazi-Regimes auszumerzen.

Eine der ersten Amtshandlungen Trufanows war am 5. Juli die Einsetzung Dr. Erich Zeigners als Oberbürgermeister auf Vorschlag der demokratischen Parteien (offiziell bestätigt von der sowjetischen Militärverwaltung am 16. Juli). Kurt Roßberg wurde sein Stellvertreter. Das Dezernat Bildung/Kultur übernahm Helmut Holtzhauer, das Sozialdezernat Paul Klobß und das Gesundheitsdezernat Karl Gelbke. Mit der Einsetzung von Kurt Wagner als Polizeipräsident anstelle des Sozialdemokraten Heinrich Fleißner, der schon in der Weimarer Republik auf Arbeiter schießen ließ, begann die demokratische Erneuerung der Polizei. Die neue Stadtverwaltung und die demokratischen Organisationen waren von Beginn an nicht nur ausführende Instanzen zur Umsetzung der Befehle der Stadtkommandantur, sondern zunehmend mit eigenen Vorschlägen und Aktivitäten dessen Partner bei der Meisterung der komplizierten Probleme. In der ersten Zeit trafen sich Zeigner und Trufanow fast täglich.

Hilfe bei der Sicherung der Lebensbedingungen

Die Situation der Stadt war katastrophal. Trufanow schreibt in seinen Erinnerungen: „Im Ergebnis der Bombardierungen durch die alliierte Luftwaffe hatte der Produktions-, Verwaltungs- und Wohnungsfonds der Stadt sehr stark gelitten. So z. B. waren von 225 000 Wohnungen fast 34 000 vollkommen zerstört, etwa 14 000 stark beschädigt, und etwa 80 000 Wohnungen mussten schnellstens saniert werden.“ Und: „Es erwies sich, dass fast alle Betriebe und Fabriken der Stadt in Schutt und Asche lagen. Ganze Stadtteile waren ohne Strom und Gas. ... Es gab in der Stadt fast keine Vorräte an Medikamenten und medizinischen Instrumenten. Als die sowjetischen Truppen in Leipzig einzogen, waren die Lebensmittelvorräte hier am Ausgehen.“

Die Wohnsituation und die Versorgungslage verschärfte sich bis Ende 1945 zunehmend durch etwa 80 000 Umsiedler, die in die Stadt kamen und von denen

etwa die Hälfte hier blieb.

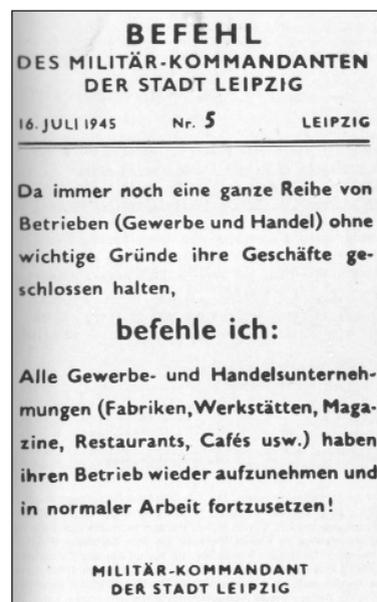
In diesen Wochen und Monaten wurde mit aktiver Unterstützung der sowjetischen Militärverwaltung eine umfangreiche Arbeit zur Überwindung der Kriegsfolgen und zur allmählichen Normalisierung des Lebens begonnen. Neben der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, mit Wasser, Strom und Gas sowie mit medizinischen Leistungen, später auch mit Heizmaterial, gehörten die Beseitigung der Trümmer, die Sicherung einsturzgefährdeter Gebäude und erste Schritte zur Inangangsetzung der Produktion in den Betrieben zu den dringlichsten Aufgaben.

Bereits am 15. Juli konnte der Leipziger Hauptbahnhof teilweise wieder in Betrieb genommen werden. Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Belebung war auch die Instandsetzung von 20 Druckereien in dem zu 80 Prozent zerstörtem graphischen Viertel und die Aufnahme der Arbeit gegen Ende August. Sie wurden vor allem von der sowjetischen Militärverwaltung mit Großaufträgen versorgt. Bald kam die Schulbuchproduktion des im Oktober 1945 hier angesiedelten Verlages Volk und Wissen dazu.

In ihrer Bekanntmachung zur geplanten Neubelebung der Leipziger Messe konnten Oberbürgermeister und Wirtschaftskammer der Stadt mitteilen: „Nach Weisung des Herrn Stadtkommandanten soll zur Wahrung der örtlichen Tradition der Messe bereits in der zweiten Hälfte des September dieses Jahres ... eine Musterschau von Friedenswaren aller Art, die von Leipziger Firmen hergestellt werden oder hergestellt werden können, stattfinden.“ Für die erste Musterschau hatte die SMAD 34 Sonderzüge genehmigt. Eine wirksame Förderung der Messe war, dass die UdSSR Anfang November auf ihr Demontagerecht auf dem Messegelände verzichtete (es hatte als Rüstungsfabrik gedient). Damit war man nicht auf die wenigen unzerstörten und nicht anderweitig genutzten Messehäuser der Innenstadt angewiesen. In dieser Zeit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass im Mai 1946 die erste Nachkriegsmesse stattfinden konnte.

Rat und Tat für kulturelle Erneuerung

Zugleich gab es zahlreiche Aktivitäten zur Wiederaufnahme der Tätigkeit von Bildungs- und Kulturstätten. Am 29. Juli war „Fidelio“ die erste Nachkriegspremiere der Oper im Hause „Drei Linden“, unmittelbar gefolgt vom ersten Gewandhauskonzert in der Thomaskirche. Schon am 11. Juli hatten die Kinos ihren



Fritz Selbmann, Sekretär der KPD-Kreisleitung Leipzig, ab September Vizepräsident der Landesverwaltung in Dresden, und Stadtkommandant Generalleutnant N. I. Trufanow

Betrieb wieder aufgenommen, und am 14. Juli hatte General Trufanow die Einrichtung eines Stadtfunks verfügt. Der Leipziger Rundfunksender ist seit Mitte September wieder zu vernehmen.

Im August findet am Scheibenhof auch das erste deutsche Nachkriegs-Pferderennen statt, und in Leutzsch mit Leipzig-Dessau das erste überregionale Fußballspiel nach dem Kriege. Am 1. Oktober beginnt in 76 Leipziger Schulen wieder der Unterricht. Im November ist als erstes Museum das Naturkundemuseum wieder der Öffentlichkeit zugänglich. Im Dezember öffnet das Centraltheater in der Bosestraße, nach schweren Zerstörungen als erstes deutsches Theater instand gesetzt. Von den Nazis verfeimte Werke kamen auf den Spielplan.

Dass es in Kultur und Wissenschaft nicht nur um materielle Sicherung ging, sondern maßgeblich um die Überwindung der geistigen Zerrüttung, sei am Beispiel der Wiedereröffnung der Universität im Frühjahr 1946 skizziert, deren Voraussetzungen unter entscheidender Mitwirkung der sowjetischen Behörden seit Juli 1945 zielstrebig geschaffen wurden. Die Universität sollte zunächst am 31. Oktober 1945 eröffnet werden, in der Tat wurde es der 5. März 1946. Manfred Unger beschreibt die Situation so: „Als eine der höchsten und größten Bildungstätigkeiten war sie ... seit Jahrzehnten auf die imperialistischen Ziele der deutschen Großbourgeoisie festgelegt gewesen. In den heftigen Auseinandersetzungen um die Neueröffnung ging es um die Richtung, die die Universität einschlagen sollte, um die neue Ausgangsposition. Der Kampf ging also keineswegs nur um die Ausmerzung der faschistischen Ideologie und um die Entnazifizierung des Lehrkörpers Unter den Professoren gab es ehrliche Verfechter des Humanismus, aber auch einflussreiche Anhänger einer Wendung zu den Westmächten. ... Es ging um die Gewinnung der einsichtigen Professoren und das Bündnis mit allen aufbauwilligen Kräften...“ Dabei leisteten sowjetische Hochschullehrer und Offiziere eine umfangreiche und geduldige Arbeit.

Auch viele andere Vorhaben brauchten ihre Zeit. Ende 1945 waren nur die ersten Schritte zur Überwindung des Faschismus und der Kriegsfolgen sowie zur Erneuerung des politischen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens getan. Aber immerhin waren damit auch in Leipzig Voraussetzungen geschaffen, um in den folgenden Jahren tiefgehende demokratische Reformen in die Wege zu leiten.

• GÜNTER LIPPOLD

Bewertung der Hilfe der sowjetischen Kommandantur in einem Rechenschaftsbericht von Oberbürgermeister Dr. Erich Zeigner vom 20. Januar 1946

„Ich darf hier betonen, und das mit der stärksten Hervorhebung unserer Dankbarkeit, daß wir immer bei der russischen Besatzungsmacht volles Verständnis für unsere Nöte gefunden haben. Darüber hinaus nicht bloß Verständnis für die Nöte, sondern Unterstützung und Hilfe. Und ich zögere nicht, mit aller Entschiedenheit auszusprechen, daß wir insbesondere dem Kommandanten, der jetzt in eine höhere Position nach Dresden berufen ist, Herrn Generalleutnant Trufanow, auf das stärkste verbunden sind nicht nur durch die Gemeinschaftlichkeit der Arbeit, sondern daß sich da in dieser gemeinschaftlichen Arbeit auch persönliche und freundschaftliche Beziehungen herausgebildet haben. ... Denn darüber sollen wir uns klar sein, und ich bemerke das in aller Offenheit, oft sind an uns von Seiten der Kommandantur Forderungen gestellt worden, von denen wir aus innerstem Verantwortungsgefühl haben sagen müssen, das ist undurchführbar. Sie überschreiten unser Können. Wir sind nicht in der Lage, das in dieser kurzen Frist durchzusetzen, und doch blieb es bei diesem Befehl, und ... es war sehr oft gut so, daß es bei diesem Befehl blieb, denn unsere Kräfte mußten wir verdoppeln und verdreifachen. Wir haben Dinge geleistet, die wir ohne diesen Befehl voraussichtlich doch nicht geleistet hätten.“

Aus Erinnerungen von Generaloberst a. D. Trufanow über seine Zusammenarbeit mit deutschen Kommunisten und Antifaschisten im Jahre 1945

„Der Arbeitsumfang der Militärkommandantur war sehr groß. Alles, was das Leben der Stadt und ihrer Bevölkerung betraf, konnte nicht an uns vorbeigehen. In der Kommandantur dienten Offiziere, die neben ihrer bedeutenden militärischen Erfahrung wichtige Erfahrungen auf einem bestimmt Gebiet besaßen. In der Regel waren es Diplomingenieure, Agronomen, Kulturschaffende, die politisch gut vorbereitet waren. Bei der Lösung der schwierigen Fragen lehnten wir niemals den Rat und die Empfehlung der deutschen Genossen ab. Man kann offen sagen, daß wir viele wertvolle Ratschläge für den Aufbau des neuen Leipzig von den Vertretern der Kommunistischen Partei Deutschlands und den revolutionären Sozialdemokraten erhalten haben. Ich bin überzeugt, daß das gegenseitige Verständnis, das sich zwischen der erneuerten Stadtverwaltung und dem Antifaschistischen Block herausgebildet hatte, einen guten Dienst bei der Wiedergeburt und der Entwicklung der Stadt geleistet hat.“

Glanzvolle Gala für Uwe Scholz

Lebendiges Musiktheater ohne großen Aufwand

Spontanen Beifall löst jede Szene der Gala für Uwe Scholz aus. Statt des vor einem Jahr noch geplanten *Feuerzauber* oder *Der Knecht der Dinge* zum Ring-Musik-Arrangement Henk de Vliegers wartet das Leipziger Ballett nun mit einem *Ring* großartiger Ballettszenen seines verstorbenen Chefs auf. Der demonstriert, welch wunderbares Ensemble Uwe Scholz herangebildet und hinterlassen hat, welche gedankliche und tänzerische Vielfalt seine Schöpfungen auszeichnen. Die Choreographie der siebenten Sinfonie Beethovens fasziniert mit ihrem ganz aus der Musik gewonnenen Bewegungsreichtum in solistischen und Ensemble-szenen. Vom tiefen Einfühlungsvermögen in klassische Musik zeugen ebenso die Choreographien zur Musik Mozarts, Haydns und Mendelssohns. Stücke wie Igor Strawinskys Piano Rag Music und Tango, *Die unbeantwortete Frage* von Charles Ives und *The Canyon* von Philip Glass zeigen hervorragende Beispiele überlegenen Umgangs mit Musik des 20. Jahrhunderts.

Unbeeindruckt von den Diskussionen um Geld war letzthin in Leipzig viel lebendiges Musiktheater mit wenig Mitteln zu erleben. Beispielhaft zeigt sich da immer wieder das Kellertheater der Oper Leipzig mit Gundula Nowack als Regisseurin und Hans-Georg Kluge als Pianist und – wo nötig, singender – Kapellmeister ohne Orchester. Diesmal bewiesen sie mit Ludwig Spohrs einst vielgespielter romantischer Oper *Jessonda*, wie auch eine so ernste Geschichte mit schwebender Leichtigkeit überzeugend vorgeführt werden kann. Zum „Keller-Stamm-Ensemble“

Hendrije Wangemann (Jesson-da), Anne-Marie Seager (Jesson-da Schwester Amazili), Jürgen Kurth (Jesson-das Jugendliebe und Retter), Erwin Noack (unerbittlicher brahmanischer Priester) Torsten Sühning (Offizier) kommt diesmal der lyrische Tenor Stanley Jackson (junger Brahmane, der sich auf die Seite Jesson-das begibt und Amazili gewinnt). Er glänzt nicht nur stimmlich, sondern beweist auch Spieltalent. Wie stimmlich den speziellen Bedingungen des kleinen Kellertheaters zu begegnen ist, demonstriert Jürgen Kurth. (Wiederholung am 9. Juli.)

Andere Beispiele bot die Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater. Im Großen Saal des Stammhauses führten der Regisseur Matthias Oldag, der Dirigent Helmut Kukuk und der Bühnenbildner Wolfgang Reuter auf der gar nicht so großen Bühne Gioacchino Rossinis *Barbier von Sevilla* ausgesprochen vergnüglich vor. Zur Gliederung des Bühnenraumes dienten vor allem die im Verlauf des Stückes spielerisch und teils auch allzu verspielt umgestellten sieben Buchstaben, die zu Beginn *Sevilla* vorstellen. Durchweg herrschten Spiellaune und Musizierfreude. In der Premierenbesetzung brillierte Alexander Voigt als quicklebendiger Barbier und führte das liebeshungrige Paar Graf Almaviva (Paul Kaufmann) und Rosina (Moran Abouloff) zum Kummer des geprellten Doktor Bartolo (Felix Plock) in den sie durchaus nicht glücklich werden lassenden Ehehafen. Frisch und lebendig musizierte unter Kukuks energischer Leitung das Hochschulorchester.

Das Hochschulfachgebiet Musical stand dem Opernzweig indes

nicht nach. In der Neuen Szene des Schauspiels Leipzig wartete es mit Douglas J. Cohens Krimikomödie *So behandelt man keine Dame* (*No way to treat a Lady*) in der Übersetzung Holger Hauers und Frank Felicettis auf. Auf kleiner, von Thomas Weinholt klug gegliederter Spielfläche setzte die Regie Jana Baukes und Matthias Hubers auf Tempo und Ironie. Udo Eichelmann (Kriminalist), Manuel Jadue (Serienmörder), Maike Schmidt (Serienopfer) und Kristina Otten (überlebendes Opfer) agierten darstellerisch und sängerisch mit ganzer Kraft. Ekkehard Meister Piano/Keyboard und vier weitere Instrumentalisten musizierten vital.

Nicht genug: Das Humboldt-Gymnasium verwirklichte ein Opernprojekt, das Schule machen müsste. Innerhalb des Schuljahres, vom Direktor Hanspeter Buchmann und Lehrerkollegium vorbehaltlos gefördert, erarbeitete der Musiklehrer Ullrich Baron mit dem Jugendchor, dem Eltern-Lehrer-Chor und dem Singkreis des Humboldt-Gymnasiums die Chorpartien der Oper *Orpheus und Eurydike* von Christoph Willibald Gluck. Prof. Christine Wartenberg, Michael Reuter und Studenten der Mendelssohn-Hochschule sowie Mitglieder des Rundfunkchores unterstützten das Projekt von Anbeginn. Die Studenten Franziska Ehmmlauer und Young-Ryune Lee sangen die Titelpartien. Uta Nerger und Christiana Wiesner führten Regie, Angela Neubauer sorgte für die Balletteinstudierung und Gesamtleitung. Ullrich Baron führte Solisten, Chöre und das Jugendkammerorchester *Musica viva* klug und sicher. Beispielhaft!

• WERNER WOLF/
WOLFGANG PREHN

Vor 60 Jahren

Gründung des Kulturbundes

Aus der Emigration zurückkehrende Kulturschaffende wie Johannes R. Becher, Willi Breidel, Franz Erpenbeck, Heinz Willmann und Friedrich Wolf sammelten im Juni 1945 antifaschistisch-humanistisch gesinnte Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler um sich. Sie berieten mit ihnen die Schaffung eines Kulturbundes, wofür sie ein Gründungskomitee bildeten. Am 25. Juni teilt der Stellvertretende Militärkommandant der Stadt Berlin mit, dass der Antrag von Johannes R. Becher auf Gründung und Tätigkeit des Kulturbundes als demokratische Vereinigung der deutschen Intelligenz in Berlin genehmigt ist.

Am 3. Juli wird auf einer Gründungskundgebung der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gegründet, ein Manifest sowie Leitsätze seiner Tätigkeit beschlossen. Der Kulturbund stellt sich das Ziel, als ideologische und moralische Kraft „die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes, wieder zu erwecken und ein neues deutsches Geistesleben zu begründen...“, alle deutschen Männer und Frauen zu vereinen, die des ehrlichen unbeugsamen Willens sind, zur geistigen, kulturellen Erneuerung Deutschlands mit Einsatz ihrer ganzen Kraft beizutragen“. Hierzu werden insbesondere folgende Aufgaben formuliert: an der Vernichtung der Naziideologie mitzuwirken, eine nationale Einheitsfront der Geistesarbeiter sowie eine unverbrüchliche Einheit zwischen Intelligenz und Volk zu schaffen, alle freiheitlichen humanistischen Traditionen des Volkes zu fördern, sich am Kampf um, die moralische Gesundung des Volkes zu beteiligen und

aktiv Einfluss auf die geistige Betreuung der Jugend zu nehmen.

Am 8. August erfolgt die Bildung der zentralen Leitung des Kulturbundes, die Johannes R. Becher zum Präsidenten, Carl Hofer, Bernhard Kellermann und Johannes Stroux zu Vizepräsidenten sowie Heinz Willmann zum Generalsekretär wählt. Als führende Mitglieder des Kulturbundes wirken außerdem bereits Genannten solche namhafte Kultur- und Geistes-schaffende wie Alexander Abusch, Klaus Gysi, Anna Seghers, Paul Wegener, Eduard von Winterstein, Karl Kleinschmidt, Adam, Scharrer, Otto Nagel, Johannes Dieckmann, Victor Klemperer, Hermann Henselmann, Hermann Ley, Gret Palucca, Ludwig Renn, Ruth Seydewitz und Ricarda Huch mit.

In der Folgezeit vollzieht sich im Zuge eines breit gefächerten kulturpolitischen Dialogs die Konstituierung des Kulturbundes in den Städten und Kreisen sowie in den Ländern und Provinzen der SBZ und in Berlin. Am 20. September 1945 erscheint die erste Nummer der vom Kulturbund herausgegebenen Monatsschrift *Aufbau*, am 7. Juli 1946 die erste Ausgabe des *Sonntag*, der kulturpolitischen Wochenzeitung des Kulturbundes.

Mit dem 1. Bundestag des Kulturbundes vom 20. bis 21. Mai 1947 findet der Konstituierungsprozess des Kulturbundes seinen Abschluss. Zu diesem Zeitpunkt ist der Kulturbund durch seinen hohen Anteil am antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau bereits zu einer gesellschaftlich anerkannten Kraft geworden.

• KURT SCHNEIDER

Vor einigen Tagen legte ich eine Single auf meinen Plattenteller. Auf ihr protestiert einer nachhaltig: „... denn sie haben mich gefeuert, weil ich nicht mehr 30 bin. Man wirft mich zum alten Eisen auf den großen Müllplatz hin!“ Kein

Von MICHAEL ZOCK

Aufschrei eines Hartz VI Empfängers, sondern ein Song von Udo Jürgens aus den 70er Jahren der damals kleineren BRD mit bedeutend niedrigerer Arbeitslosigkeit. 35 Jahre später sinniert der gleiche Mann in den Zeitungen der inzwischen größeren BRD, trotz bedeutend höherer Arbeitslosigkeit, über die Sexgewohnheiten älterer Damen. Ein exemplarisches Beispiel für Medienverwahrlosung und -verdrängung. Denn eigentlich wäre Udos Lied der Song des Jahres 2005. Stattdessen wird überall rauf und runter

FF dabei

DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Sie sind aus dem Häuschen

Melodien, Medien, Meinungen

gedudelt: „Der Papa(pardon) Angela wird's schon richten.“ Wir hören auf allen Kanälen: Wahlen sind eigentlich überflüssig, denn laut täglicher Meinungsdeutung stehe das Ergebnis ohnehin schon fest. Wir begreifen: Das ist wohl die vielbeschworene Mediendemokratie. Da schon keiner einen neuen Hit über fünf Millionen Gefeuerte und Chancenlose schreibt und singt, formiert sich deren Protest inzwischen unüberhörbar außerhalb von Schlagerparaden. Und das garantiert mit Langzeitwirkung und offenbar so

nachhaltig, dass derzeit die hochbezahlten Kommentatoren und Chefredakteure nicht nur in den Nachrichtenhochburgen *Tagesthemen* und *Heute* ganz aus dem bürgerlichen Häuschen sind.

Da wird verleumdet und etikettiert. Mal aus Gedankenlosigkeit. Öfter mit Kalkül. Es trifft derzeit in vielen Sendungen die Ausgegrenzten und Andersdenkenden. Wie besonders letztere dem *Focus*-Chef Markwort die Gesichtszüge entgleiten ließen, war – dank Nahaufnahme – im Politsalon bei Chri-

stiansen zu beobachten. Das derzeit diskutierte und entstehende Linksbündnis muss ihn offenbar so anekeln, dass er in seinen Anmerkungen sehr bewusst immer vom „Nationalen Sozialismus“ faselte, den diese Leute offenbar anstreben.

Medien-Markwort weiß natürlich genau, was er wann, wie, zu sagen hat. Vor einem Millionenpublikum. Tage später wiederholte er in der „Münchner Runde“ des Bayerischen Fernsehens seine Tiraden. Es reden ja auch immer die Gleichen. Der *ND*-Chefredakteur war noch nie in den ARD-Pressclub geladen. Viel subtilere Qualitäten hat das folgende Beispiel: Es gab im MDR-Magazin *Fakt* kürzlich eine Recherche zu Menschen, deren Wohnungen geräumt werden. Ein aktuelles Thema, denn im Osten drohen zunehmend Zwangsumzüge. Die Reporter führen nach Sachsen-Anhalt. Dort musste der Gerichtsvollzieher kommen, da die Miete

nicht bezahlt wurde. Trotz Hartz IV. Die Wohnung des jungen Mannes war ein Dreckstall. Er nahm das Ganze scheinbar cool... Geld hat er nicht, und so trägt nun die Kommune die Kosten für Zwangsräumung und Zwangereinigung. Die Bilder waren schockierend, machten Stimmung gegen einen Verlierer. Fernsehzuschauer reagieren sicher empört, wofür Steuer-gelder benötigt werden. Nur: Keiner der Reporter untersuchte die eigentlichen Fragen: Wie wurde der Mann chancenlos? Wieso ist er asozial? Wie wichtig sind ihm Arbeit und soziale Kontakte? Liegt es gar an den gesellschaftlichen Verhältnissen?

Unübersehbar: Wir kommen auf Sachverhalte zurück, die schon vor 70 Jahren (!) durch Dichter und Denker beschrieben wurden: Armut bringt Verdross / Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm. / Vor uns läuft Brot und Arbeit weg, wir stehn bis an den Hals im Dreck.

Die Aula der alten Nikolaischule in Leipzig war überfüllt, als Pierre Radvanyi am 19. März dieses Jahres anlässlich der Buchmesse aus seinem Buch „Jenseits des Stroms. Erinnerungen an meine Mutter Anna Seghers“ las. Nun ist Radvanyi eine bedeutende Persönlichkeit des wissenschaftlichen Lebens, Atomphysiker aus der Schule Frédéric Joliot-Curies, langjähriger Forschungsdirektor des Centre

Pierre Radvanyi erinnert sich an seine Mutter, Anna Seghers

und blickt auch auf das eigene Leben zurück

Von **FRIEDRICH ALBRECHT**

National de la Recherche Scientifique bei Paris, Autor zahlreicher Bücher und Essays zur Geschichte der Entdeckung der Radioaktivität. Aber das war den Besuchern der Lesung wohl kaum bekannt. Vor allem der Name Anna Seghers wird sie angezogen haben – die Erwartung, Authentisches über die Dichterin zu erfahren, die über ihr privates Leben immer einen Schleier gedeckt hatte. Sie wurden nicht enttäuscht.

Pierre Radvanyi ist Jahrgang 1926. Dementsprechend verdichten sich seine Erinnerungen an die Mutter erst in der Mitte der dreißiger Jahre, und da sich Ende 1945 mit seiner Rückkehr nach Paris ihre Wege trennten, so liegt ihr Schwerpunkt eben in dem Zeitraum dazwischen. Was für Jahre: Exil in Frankreich, im Juni 1940 Flucht vor den anrückenden deutschen Truppen als Beginn einer Odyssee mit den Stationen Mar-

seille, Martinique, Santo Domingo, New York, die nach einer Zeit der Unsicherheit und akuter Bedrohung erst am 30. Juni 1941 in Mexiko endete. Man weiß, dass viele dieser Erlebnisse in den großen Roman „Transit“ von Anna Seghers Eingang gefunden haben, aber erst durch die Schilderung von Pierre Radvanyi erhält man eine Vorstellung von ihrer ganzen Dramatik und Tragik. Um nur ein Detail herauszugreifen: Der Knabe sieht seine Mutter das erste Mal weinen, als sie erfährt, dass eine Bekannte im besetzten Paris unter dem Druck äußerster Gefahr das vielleicht letzte Exemplar des Manuskripts zum „Siebten Kreuz“ verbrannt hat.

Als Radvanyi seine Erinnerungen niederschrieb, war ihm natürlich bewusst, dass seine Mutter eine Schriftstellerin von Weltgeltung ist. Es gehört zu den Vorteilen seines Buches, dass er dieses erst im Laufe der Jahre gewachsene Wissen nicht über das Erinnernte breitet. Seine Darstellung schildert Anna Seghers so, wie der Heranwachsende sie wirklich wahrnahm. Literarisches teilt er nur mit, inwieweit es in das Familienleben einging und ins eigene Blickfeld kam – darüber erfährt man

allerdings Hochinteressantes. Gewiss, die Arbeit als Schriftstellerin war für Anna Seghers unentbehrlich, aber zuerst war da die Sorge um die Familie und vor allem für die Kinder. Dieser Sohn liebt seine Mutter, weil sie ihren Kindern in schwierigsten Zeiten ihre durch nichts zu erschütternde Liebe bewies – das ist der Grundton des Buches. Es ist deshalb so überzeugend, weil hier kein Heiligenbild entworfen wird; da wird nichts hinzuerfunden, nichts glorifiziert. Radvanyis Buch fügt unserem Bild von Anna Seghers Unerstzliches hinzu, aus einer solchen Nähe ist sie noch nie betrachtet worden.

Ja, so funktioniert Erinnerung wohl: Vieles versinkt unwiederbringlich, manches scheinbar Unwichtige hat sich für immer eingepägt. Um auch hier ein Beispiel zu nennen: Für den vierzehnjährigen Peter Radvanyi war es wichtig und für den Fünfundsiebzighjährigen der Mitteilung wert, dass er während der chaotischen Tage nach dem Durchbruch der deutschen Truppen einem französischen Offizier eine wichtige Information geben konnte und dieser ihm sagte: „Danke, mein Junge.“ Details wie diese bringen die Vergangenheit in eine frappierende Nähe, geben der Darstellung

eine hohe Authentizität – und sie machen darauf aufmerksam, dass es in dem Buch nicht nur um Anna Seghers geht. Es ist auch ein Stück Autobiographie, nicht zuletzt eine Vergegenwärtigung jener entscheidenden Phase des eigenen Lebens, in der Pierre Radvanyi aus dem Kindesalter herauswuchs und Verantwortung für die ganze Familie übernahm.

Über sein Leben nach der Trennung von den Eltern teilt Radvanyi nur wenig mit. Diese Kapitel des Buches sind den Kontakten mit ihnen in Berlin und Paris gewidmet. Die letzten Begegnungen mit der Mutter wurden überschattet von der Wahrnehmung ihrer zunehmenden Gebrechlichkeit, aber auch der inneren Konflikte, über die sie kaum sprach, und schwindender Hoffnungen. Radvanyis Darstellung verbleibt hier im Andeutenden, ist aber eindringlich genug, um zu neuem Nachdenken über die letzten Lebensjahre seiner Mutter anzuregen. Was ihn selber angeht: Ein erfülltes Leben, in beruflicher wie in familiärer Hinsicht, das aber auch die Trauer um den Verlust der alten Heimat kennt. Die ersten Sätze des Buches: „Wie oft habe ich jene benedict, die der Region ihrer Herkunft, dem Dorf oder der Stadt, verbunden blieben ...All das habe ich nicht gehabt.“

Pierre Radvanyi: Jenseits des Stroms. Erinnerungen an meine Mutter Anna Seghers. Aufbau-Verlag, Berlin 2005, 153 S., 18 Abb., 4 Faksimiles. Geb., 15,90 Euro.

Niemand hat bislang auch nur eine Zeile darüber aus den Medien erfahren, kann sich nun aber ausgiebig informieren, was unlängst im tiefen Afrika vorgefallen ist, wenn er das neueste SPOTLESS-Buch „Das Herero-Massaker und die anderen Deutschen“ erwirbt. Das Taschenbuch verrät schon auf dem Umschlag warum es auch geht: Namibia hatte zum 15. Jahrestag seiner Unabhängigkeit im März 2005 Ehrengäste aus aller Welt eingeladen. Auf der VIP-Tribüne saß auch Margot Honecker, demonstrativ vom Staatsapparat eingeladen, um – so

Sensation in Windhoek

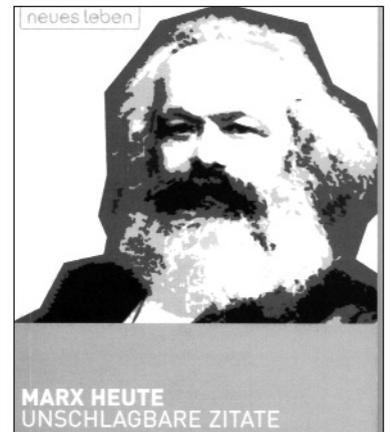
stand es in der Einladung aus dem Präsidentenpalast – nachträglich der DDR für ihre solidarische Hilfe zu danken. Der Unabhängigkeitstag und der Untergang der DDR lagen zeitlich eng beieinander, und nun sollte demonstriert werden, wie intensiv der Anteil der DDR am Kampf um die Unabhängigkeit war. Auf Wunsch der Freiheitsbewegung SWAPO hatte die DDR schon 1978 Kinder aus einem von Südafrika bombardierten Flüchtlingslager aufgenom-

men und sich bis 1990 um die ständig wachsende Zahl der Kinder gekümmert. Erst wurden sie gesundgepflegt, dann in Kindergärten betreut, danach besuchten sie Schulen, in denen auch ihre heimische Sprache gelehrt wurde. Die Probleme begannen erst 1990, als in den Medien die wüsten Gerüchte verbreitet wurden – die DDR habe die Kinder als Soldaten ausgebildet – und die Bundesregierung sie nicht schnell genug nach Hause schicken konnte. Die Kinder

aus der DDR wurden zu einer Legende in ihrer Heimat, eine US-Amerikanerin schrieb ein sachliches Buch über sie. Und nun hat Jens Gerlach ein exzellentes Buch über Deutsch-Südwest und die anderen Deutschen geschrieben.

• **WILL BÖKLUND**

Jens Gerlach: Das Herero-Massaker und die anderen Deutschen. Spotless Verlag Berlin 2005, 5,10 Euro. Direkt zu bestellen über: www.spotless.de oder per Tel/FAX: 030-24009401



„Wird Kapital ins Ausland geschickt, so geschieht es nicht, weil es absolut nicht im Innland beschäftigt werden könnte. Es geschieht, weil es zu höherer Profitrate im Ausland beschäftigt werden kann.“

Dieses Zitat ist dem kürzlich erschienenen kleinen Büchlein mit Zitaten von Karl Marx entnommen, das nach den Zusammenhängen von Denken und Handeln, Mensch und Gesellschaft, Arbeit und Ausbeutung, Kapital und Profit, Geschichte und Zukunft, Revolution und Politik sowie Sozialismus und Kommunismus gegliedert ist. Selbstverständlich kann diese Sammlung nicht die Marx-Lektüre ersetzen, aber als ein Impulsgeber ist es eine zu begründende Publikation.

Kritisch anzumerken ist: Das weithin bekannte Zitat über die Aggressivität des Kapitals (S. 64) stammt nicht von Karl Marx, sondern ist ein von ihm zitierter Text, den er bei Angabe der Quelle als Fußnote notierte. • **K.SCH.**

Marx heute. Unschlagbare Zitate von Karl Marx. Hrsg. von Johannes Oehme. Verlag Neues Leben, Berlin 2005. Brosch. 9 x 13 cm, 110 Seiten, 4, 90 Euro

Sechzig Jahre nach der Gründung der UNO und der Annahme ihrer Charta, die in der Präambel als oberstes Ziel proklamierte, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, sind imperialistische Kriege und Interventionen „normaler“ Alltag. Ob ein Bundespräsident verharmlosend von „robuster Gewalt“ sprach oder Mitglieder der deutschen Regierung die Teilnahme Deutschlands hinter der ideologischen Nebelwand von der „humanitären Intervention“ tarnen, am fürchterlichen Tatbestand des Kriegsverbrechens und Völkerrechts- und Verfassungsbruchs ändern Worte nichts. Es ist deshalb eine notwendige und nützliche Aufgabe, das „Geheimnis zu lüften, in dem Kriege geboren werden“, und (wie Albert Norden es vor 40 Jahren meisterhaft tat) die „Hintergründe und Technik der Aggression“ an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. (Im vorliegenden Buch allerdings taucht Norden gar nicht auf.) Im Vorwort erklären die Herausgeber, dass sie die Veränderungen in der Krieg-Frieden-Problematik in der „Ära nach dem Kalten

So werden Kriege gemacht

Krieg“, also nach 1990, untersuchen wollen. Das taten sie akribisch genau und mit großer Überzeugungskraft.

Arnold Schölzel führt in seinem Einstieg an den „Imperialismus heute und die Stellung der USA in der Welt“ heran.

Ernst Woit ist mit drei Themen vertreten, mit denen er seit Jahren streitbar den Kriegstreibern mit offenem Visier gegenübertritt, so u. a. zur Strategie und Ideologie der Rechtfertigung imperialistischer Kriege seit dem Ende des Kalten Krieges. Woit ist profunder Kenner der kriegsapologetischen Literatur, deren Vertreter er detailliert und leidenschaftlich in die Parade fährt.

Wolfgang Scheler, der sich schon zu DDR-Zeiten mit Fragen der Rüstungskonversion beschäftigte, legt die Studie „Neue Weltordnungskriege und die alte Frage nach dem Wesen des Krieges“ vor. Er entlarvt das Geschwätz mit dem Kriege ethisch und moralisch gerechtfertigt werden sollen: „Als Krieg zur Neuordnung der Welt ist er Instru-

ment imperialistischer Politik im Sinne neoliberaler Globalisierung.“

Die (imperialistische) Globalisierung wirkt Kriegen nicht entgegen, sondern schließt Aggressionskriege ein. Die „Globalisierer“ pfeifen auf Völker- und Menschenrecht, „christliche“ Werte und „abendländische“ Moralvorstellungen. Erfreulicher- und verdienstvollerweise ist in dem Sammelband auch eine Studie des namhaften Völkerrechtlers Gregor Schirmer „Jus ad bellum oder ‚altes‘ Friedensvölkerrecht“ aufgenommen worden.

Mehrere Beiträge zur Kriegstheorie und -praxis heute, zum geplanten „space war“ und zum Charakter von Kriegen aus russischer Sicht ergänzen den Sammelband, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

• **HORST SCHNEIDER, DRESDEN**

Ernst Woit / Wolfgang Scheler (Hg): Kriege zur Neuordnung der Welt. Kai Homilius Verlag, Berlin, 306 Seiten, 24, 80 Euro

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

Gründung der LDPD

Am 5. Juli 1945 trat der Berliner Gründerkreis mit seinem Aufruf zur Bildung der *Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands* (LDPD) an die Öffentlichkeit. Das war verbunden mit dem Ziel, die verschiedenen separaten Gründerkreise bzw. Parteien wie – um nur einige zu nennen – den Dresdner Kreis (Deutsche Sozialliberale Partei), den Weimarer Kreis (Demokratische Partei), den Chemnitzer Kreis (Progressiv-Fortschrittliche Partei), den Leipziger Kreis (Demokratische Partei Deutschlands) und den Netzschkauer Kreis (Demokratische Einheitspartei) in der LDPD zu vereinen. Der Gründungsauftrag, der die Handschrift von Wilhelm Külz trug, forderte „die äußere und innere Befreiung des deutschen Volkes von den letzten Spuren der Schmach und der Schande des Nationalsozialismus“, „die Beseitigung des Militarismus und Förderung aller Bestrebungen, den Krieg mit seinem Elend und Jammer aus dem Gemeinschaftsleben der Völker zu verbannen“. Zugleich bekannte sich der Gründerkreis zur „liberalen Weltanschauung“ und „demokratischen Staatsgesinnung“, zu den individuellen Freiheitsrechten und zum Privateigentum. Bei ihrer Gründung war die LDPD eine bürgerlich-demokratische Partei mit antifaschistischer, antimilitaristischer Zielsetzung. Die im Aufruf der LDPD fixierten Grundsätze entsprachen den Interessen jener sozialen Kräfte, die sich in der Folge in dieser Partei organisierten: Handwerker, Einzelhändler und Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer sowie Angehörige der Intelligenz. Vorsitzender der Partei wird Waldemar Koch, stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Külz.

Die LDPD beteiligt sich am 14. Juli an der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Partei und an der konstituierenden Sitzung seines Zentralen Ausschusses. Am 3. August erscheint die erste Ausgabe ihres Zentralorgans „Der Morgen“ herausgegeben von Wilhelm Külz.

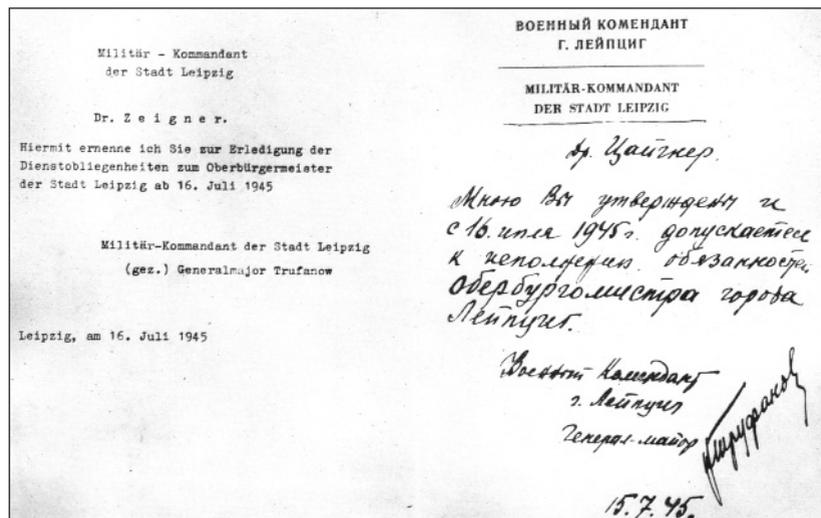
Zu einem Prüfstein für die Partei wird ihre Haltung zum Aufruf „*Helft den Neubauern! An das werktätige Volk in Stadt und Land!*“ Während die Vertreter der LDPD im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien dem Aufruf zustimmen, solidarisiert sich Waldemar Koch und andere Kräfte der Partei mit der ablehnenden Haltung der Hermes/Schreiber-Gruppe in der CDU und fordern eine Bereinigung der Agrarreform. Am 16. November tritt Koch als Parteivorsitzender zurück. An seine Stelle tritt Wilhelm Külz.

Die am 3. und 4. Februar 1946 in Weimar stattfindende zentrale Delegiertenkonferenz der LDPD bestätigt den antifaschistisch-demokratischen Grundcharakter der Partei und unterstreicht ihre politische und organisatorische Einheit. Der komplizierte Prozess der Zusammenführung der verschiedenen Gründerkreise und Parteigründungen findet damit im wesentlichen seinen Abschluss. Die Vertreter aller Landesverbände bekennen sich zu einer wahrhaft demokratischen Erneuerung von Volk und Staat. Die demokratische Boden- und Schulreform sowie die Trennung von Staat und Kirche werden als notwendige Maßnahmen begrüßt. In den folgenden Monaten und Jahren nehmen die innerparteilichen Auseinandersetzungen über die Rolle und Funktion der LDPD im Prozess der revolutionär-demokratischen Umgestaltung an Heftigkeit zu. Die LDPD beginnt sich nunmehr von einer bürgerlich-demokratischen zu einer kleinbürgerlich-demokratischen Partei zu wandeln, bevor sie sich später zu einem Bestandteil des sozialistischen politischen Systems der DDR entwickelt.

• KURT SCHNEIDER

Erich Zeigner (17. Februar 1886 – 5. April 1949)

Oberbürgermeister in schwierigster Zeit



Drei Tage sind die sowjetischen Besatzungstruppen in Leipzig, als Stadtkommandant Generalleutnant Nikolai I. Trufanow am 5. Juli 1945 Erich Zeigner zum neuen Oberbürgermeister ernennt. Die überlieferten Akten belegen, dass Trufanow bei dieser wichtigen Personalentscheidung einer Empfehlung vom „Provisorischen Zentralkomitee des Antifaschistischen Blocks“ folgt, der aus dem 1943 gebildeten Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) hervorgegangen war. Zeigner ist zu diesem Zeitpunkt ein 59-jähriger, bereits von Krankheit gezeichneter Mann, der zum zweiten Mal die politische Bühne betritt – 22 Jahre nach einer imponierenden politischen Karriere als Justizminister und charismatischer sozialdemokratischer Ministerpräsident Sachsens, der im Krisenjahr 1923 gemeinsam mit den Kommunisten eine später von der Reichswehr abgesetzte Regierung gebildet hatte. Die KPD erblickt in ihm, der auch in der NS-Zeit im antifaschistischen Widerstand aktiv gewesen war, folgerichtig einen Mann ihres Vertrauens, und auch für die SMAD ist der gebildete Verwaltungsfachmann mit Regierungserfahrung der ideale Kandidat. Der neue Oberbürgermeister spannt in seiner ersten Rede nach seiner Amtseinführung selbst den Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart: „Wie im Jahre 1923 übernehme ich das Amt in schwerster Stunde..., weil ich heute noch weniger als damals eine andere geeignete Person für diesen Posten sehe.“

Zunächst wird Zeigner von den Besat-

zungstruppen allerdings eher als Befehlsempfänger behandelt, wengleich Trufanow nach eigenem Bekunden durchaus bemüht ist, „der seelischen Lage des deutschen Volkes gerecht zu werden“. Die nahezu täglichen Besprechungen auf der Kommandantur in der Döllnitzer Straße 25 (heute Lumumbastraße) sind fast ausschließlich von der unmittelbaren Nachkriegslage der schwer getroffenen Großstadt geprägt: Lebensmittelversorgung, Seuchengefahr, Energie- und Wasserversorgung, Verkehrswesen, das Schicksal der Flüchtlinge und nicht zuletzt Fragen der Entnazifizierung. Darüber hinaus stehen die Wiedereröffnung der Leipziger Universität und der Neustart der Messe auf der Tagesordnung, beiden Themen wendet sich Zeigner mit Herzblut zu. Der Fülle dieser Aufgaben zeigt er sich durch seinen enormen Fleiß gewachsen. Zeigners Arbeitspensum füllt selten weniger als 16 Stunden täglich. Stets zur Seite steht ihm dabei seine zweite Ehefrau Annemarie, die als faktische Privatsekretärin nicht nur das familiäre, sondern auch das berufliche Umfeld ihres Mannes behütet. Bereits ab August 1945 wird deutlich, dass Zeigner nicht nur „zum Vortrag“ bei Trufanow erscheint, sondern in zunehmenden Maße selbst Fragen aufwirft und eigenständig Vorschläge mit dem Ziel der Legalisierung von Vorstellungen des Neuen Rathauses unterbreitet. Der Oberbürgermeister scheut sich auch nicht, ernste Themen in den Beziehungen zwischen Besatzung und Stadt zur Sprache zu bringen und protestiert bei-



spielsweise gegen Übergriffe und Gewaltakte des Militärs. Auch überzogene Forderungen zur Demontage von Betrieben versucht er abzuwehren, allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Zeigners wachsende Selbständigkeit wird zum einen durch seine zahlreichen Kompetenzen in der Verwaltung befördert. Da auf der Reichsebene keine Strukturen mehr existieren, sind dem Oberbürgermeister nicht nur das Hauptverwaltungsamt und damit die gesamte Stadtverwaltung, sondern zunächst auch sämtliche öffentlich-rechtliche Institutionen – darunter die staatseigenen Banken, Schulen und sogar die Krankenkassen – unterstellt. Zum anderen vergrößert er seine politischen Spielräume durch die aktive Mitwirkung an der Gründung der SED im Jahre 1946, zu der das Verhältnis aber in der Folgezeit nicht unkompliziert ist. Obwohl Zeigner die zunehmende Dominanz seiner eigenen Partei bei politischen Entscheidungen befürwortet und durchsetzt, steht er den parteiinternen Entwicklungen zu einer immer stärkeren Zentralisierung skeptisch gegenüber. Die sich häufenden Konflikte und der erfolglose Widerstand gegen sie zermürben den gesundheitlich ohnehin Angeschlagenen, der am 5. April 1949 stirbt. Vier Tage später findet auf dem Südfriedhof die Beisetzung Erich Zeigners, der für Leipzig nach dem Krieg geradezu ein Glücksfall ist und von Trauerredner Fritz Selbmann als Mann von „großen staatsmännischen Qualitäten“ gewürdigt wird, statt. Heute erinnert eine Gedenktafel am langjährigen Wohnhaus der Familie in der Zschocherschen Straße 21 an ihn. Seine weitgehend im Originalzustand überlieferte Wohnung wird vom Erich-Zeigner-Verein e.V. als Erinnerungs- und Veranstaltungsort bewahrt und genutzt.

• VOLKER KÜLOW

Oben links: Ernennungsurkunde
Oben rechts: Erich Zeigner mit seiner Ehefrau
Unten: Mit Arbeitern bei einem Aufbaueinsatz





Von
**KLAUS
HUHN**

Lassen Sie sich durch den Titel nicht irritieren. Alle reden über Fußball! Ich also auch! Man wird mir nachsehen, dass ich über diesen Confederations-Cup nicht ganz so viel Überflüssiges zu Papier bringe, wie die ständig außer Atem geratenden Fernsehmoderatoren wichtig tuend schwatzen. Ihre Themen sind der ernsten Lage angemessen: Der Spieler X würde wohl noch besser fungieren – nicht funktionieren! –, wenn ihn der Trainer statt von halblinks von ganz links operieren ließe. Nein, keine Missverständnisse, das hat nicht das Geringste mit den derzeitigen Sorgen der Linken zu tun, sondern nur mit angeblichen Variationen einer angeblichen Wissenschaft, die sich mit Fußball befasst. Oder vorgibt, es zu tun. Ganz links, halblinks? Ich werde Ihnen stattdessen erzählen, was sich rechts von der Mitte tut. Porsche wollte ursprünglich eine Million Euro für die Finanzierung der Fußball-Weltmeisterschaft stiften, jetzt hat der Autokonzern mitteilen lassen: Keinen Cent! Und warum?

Vielleicht weil Klinsmann die Torwarte wechselte und dabei einen Porschefahrer auf die Reservebank schickte? Nichts davon. Den tatsächlichen Grund enthielt die „Bonner Rundschau“. „*Hintergrund: In der Kapitalismus-Debatte, die SPD-Chef Franz Müntzer kürzlich anstieß, ließ (Porsche-Boss – K. H.) Wiedeking Sympathien für die Thesen des SPD-Chefs erkennen, was Rogowski (Ex-Chef des Unternehmerverbandes BDI) so kommentierte: „Dass wir Unternehmer-Kollegen haben, die sich wichtig tun und sich*

aufspielen – damit müssen wir leben. ‘Das war zu viel. Ein Porsche-Sprecher: Nun sei ‚keine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Initiative mehr möglich. Wir bedauern das sehr.‘“

Fazit: Die Fußball-Weltmeisterschaft war als Super-Anschub für die deutsche Wirtschaft schon fest verplant, als plötzlich Sympathisanten für eine Kapitalismus-Kritik auftauchten. Aber so weit geht die Fußball-Liebe nicht! Ob einer halb- oder ganz links spielt, darüber ließe sich reden, doch wenn der Ball in linke

kann es sich dann auch leisten, mitzuteilen, dass man eine für die Fußball-WM geplante Euro-Million nicht überreichen wird.

Das Unternehmen, das die Kohle für die WM sammeln soll, heißt bekanntlich „FC Deutschland GmbH“. Und selbst ein Fußballfan, der mir nicht zustimmen mag, wird zugeben, dass sich allein mit diesem Firmenschild alles offenbart: Fußball, Deutschland, Wirtschaft. Deutlicher geht es wohl nicht.

Wer inzwischen die Marktwirtschaft und ihre Gesetze

Sportkolumne

Fußball? Ja! Kapitalismuskritik? Nein!

Themen gerät, wird abgepfiffen! Und das sollte manchem zu denken geben, der fest daran glaubt, der Elite-Fußball unserer Tage hätte irgendetwas mit Sport tun. Natürlich ist es vergnüglich, auf einem bequemen Stadionschalensitz Platz zu nehmen und dann exzellente Ballkunststücke auf dem gepflegten Rasen zu verfolgen, aber ganz übersehen sollte man nicht, dass diese Spieler auch im Varieté auftreten können, nur wäre die Atmosphäre düftiger – von Artisten weiß man, dass sie die Bälle erreichen ...

Englische Fußball-Klubs sind schon am Ende des vorigen Jahrhunderts heimlich von Unternehmern gesponsert worden, weil die verhindern wollten, dass Fußballfans nicht auf die Tribünen, sondern in Gewerkschaftsversammlungen strömen könnten. Das waren die Wurzeln dessen, was heute zu erleben ist: Ein Unternehmer, der halblaute Sympathie für Kapitalismuskritik äußert, erhält die gelbe Karte. Und der

beherrscht, weiß, dass solch Hinweis das Thema nicht erschöpft. Nehmen wir mal an, drei Autokonzerne lassen aus ihrer Profitkasse einiges an die Weltmeisterschaftsveranstalter überweisen. Die nächste Frage lautet: Wo steht wann unser Produkt? BMW zum Beispiel hatte schon früh abgewunken, VW missfällt das bisher vorliegende Konzept: Es sei „kaum eine Wiedererkennung für einzelne Firmen möglich“. Natürlich hielt sich daraufhin auch Daimler-Chrysler zurück, zumal man in der Konzern-Etage weiß, dass sich der südkoreanische Konzern Hyundai mit 55 Millionen bei der FIFA eingekauft hat und demzufolge rund um die WM-Stadien keine andere Autofirma werben darf.

Ob Klinsmann noch über die Aufstellung des nächsten Jahres nachdenkt, weiß ich nicht mit letzter Sicherheit, dafür aber, dass die „Schatzmeister“ noch einige Sorgen bekommen werden.

Unter Schmerzen schreiben! Auf welchen deutschen Schriftsteller treffen diese Worte wohl mehr zu als auf den Leipziger Schriftsteller Joachim Nowotny, geboren am 16. Juni 1933 in Rietschen, gelegen zwischen Görlitz und Muskau (Oberlausitz). Er selbst nennt sich bescheiden Autor und ist in der DDR vor allem bekannt geworden als Erzähler und Kinderbuchautor.

Als Sohn eines Arbeiters erlernte er den Zimmermannsberuf, weil er den Umgang mit Holz, seinen Geruch liebt. Es war die Arbeit mit Holz, die ihm Anfang der 90er Jahre einen Sturz bescherte, der ihn querschnittslähmte. Eine Lähmung, die ihm ewig Schmerzen bereiten wird. Das ist selten bei einer solchen Erkrankung und es gibt kein Mittel dagegen. Schreiben hilft nicht, Sitzveränderung auch nicht und keinerlei Betäubung, sei sie noch so stark. „Ich habe aus Sehnsucht angefangen zu schreiben!“, sagt der heute über Siebzigjährige. „Ich muss meinen Gegenstand poetisieren. Aber meine jetzige Lage kann ich nicht poetisieren.“

„In der DDR hielt ich es für staunenswert, dass man einen Zimmermannsgesellen auf die Universität schickte. Gewiss hatte mancher bessere Voraussetzungen. Ich musste lesen, lesen, lesen! Dankbarkeit und Veranlagung machten mich brauchbar. Auch für Zumutungen!“

Nach dem Studium war er kurze Zeit als Verlagslektor tätig und arbeitete ab 1962 freischaffend. Am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig kümmerte er sich besonders um den literarischen Nachwuchs.

Von der Arbeit, vom Alltag und von der Sehnsucht nach der Heimat hat er immer gern erzählt. Aber es gibt noch ein zweites

Ein Besuch bei Joachim Nowotny, der am 16. Juni Geburtstag hatte

Ich hab' da so eine Sehnsucht ...

Lebensthema für ihn, das ist der Krieg – insbesondere das Ende des zweiten Weltkrieges, so wie er ihn als Junge erlebte. Damals war Joachim Nowotny elf Jahre alt. Er erinnert sich an sein Zuhause, an das Kiefernwäldchen und die Blumenwiese, die Ziegen, das Heumachen nahe dem Pächter-Häuschen der Eltern. „Mit Ziegen-

So beschreibt es sein Verlag im Klappentext zu seinem jüngsten Roman „Als ich Gundas Löwe war“ (Faber & Faber, 2001). Er muss erzählen, alles, was geschah, immer wieder um und um wenden – als müsste er es sich selbst erklären oder dem Jungen, der er bei Kriegsende war. Vielleicht rührt daher auch seine Liebe zum



Foto: Schinkel

milch bin ich aufgewachsen!“ Immer wieder kehrt er zu diesem Thema zurück – der Erzähler „hockt noch immer im Schützenloch und kämpft mit seinen Alpträumen“.

Kinderbuch. Mit „Hochwasser im Dorf“ (1963) und „Jagd in Kaupitz“, (1964) wurde er bekannt. Ohne erhobenen Zeigefinger, uneitel und ohne Kindertümelei –

dieser Stil versprach Erfolg.

In „Der Riese im Paradies“ (Roman für Kinder, 1969) erzählt er von einem entstehenden Kraftwerk, mit vielen Plänen, neuen Möglichkeiten und einer großen Zahl von Arbeitsplätzen, die die Lebensgewohnheiten eines Dorfes verändern und den Menschen eine echte Perspektive geben. Für dieses Buch wurde er 1971 mit dem „Alex-Wedding-Preis“ ausgezeichnet. (1979 erhielt er den „Nationalpreis für Kunst und Literatur der DDR“.)

Nowotny weiß aus Erfahrung, was es für einen sehr jungen Menschen heißt, „von der Hand in den Mund“ zu leben, nichts tun zu können, um sein Leben und seine Existenz mit Freude und Selbstachtung zu erfüllen. Gewiss ein Grund, weshalb er im Nachwende-Deutschland mit seinem Roman „Als ich Gundas Löwe war“ zu diesem Thema zurückkehrte. Nowotny schildert das Leben eines kleinen Jungen in der Lausitz, der mit seinem ganzen Herzen an einem Mädchen namens Gunda hängt, und der für sie – ohne zu zögern – die Kohlen aus des Teufels Kamin geholt hätte, wäre er geschickt worden. Nowotny schildert die Lehrjahre dieses Jungen. Er erzählt vom langsamen Erwachsenwerden, von der Pflicht, ein Handwerk zu erlernen, und von Irrtümern und Erfahrungen in einer Welt, die Irrtümer und Erfahrungen möglich machten ohne sofortige Kündigung und Rausschmiss. Ein Handwerk zu erlernen, heißt in Lehre zu gehen und nicht ins Leere, ins Ungewisse ...

Andererseits die Botschaft an die jungen Leser: „Es ist auch an einem guten Ende nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen! Die Konflikte sind noch immer da!“

Wahrlich zum Kotzen, Herr Hundt!

„Ich finde es zum Kotzen, was derzeit in dieser Republik abläuft“ – so Arbeitgeberpräsident Hundt in der ZDF-Sendung „Berlin Mitte“ Ende April 2005. Diesem Satz ist absolut zuzustimmen, aber aus meiner Sicht nicht im Sinne von Herrn Hundt. Als Rentnerin finde ich es zum Kotzen, dass mir gestern eine Rentenkürzung von 5,85 Euro (für Beitrag zu Pflegeversicherung und zusätzlichen Krankenversicherungsbeitrag) ins Haus flatterte, dass ich für notwendige Medikamente mehr zahlen muss (und dadurch die Pharmaindustrie bereichern darf), dass ich für Zahnersatz und Brille Summen ausgeben muss, die Herr Hundt sicher als Peanuts belächeln würde, dass ich bei Energiepreisen abgezockt werde, um Geld für Luxusabfindungen zu ermöglichen, dass ich ab 1. August 2005 schon wieder höhere Straßenbahngebühren entrichten soll, dass ich für Programme, die oft jeder Beschreibung spotten, mehr Rundfunk- und Fernsehgebühren bezahlen muss ..., dass ..., dass ... Mit Gründen zum Kotzen könnte man ein dickes Buch füllen!

B. JANSEN, LEIPZIG

Juden in Sachsen

Anlässlich der Jüdischen Woche ist noch bis zum 25. August in der Michaeliskirche am Leipziger Nordplatz eine Wanderausstellung „Juden in Sachsen“ zu sehen (nur nachmittags). Schwerpunkte der Schau bilden das 19. und 20. Jahrhundert, als sich sowohl eine relative Integration als auch die Ausgrenzung der jüdischen Bürger am stärksten offenbarte.

1925 war die messestädtische Religionsgemeinde mit 13 500 Mitgliedern die sechststärkste in Deutschland. In ihr war die auf Humanismus und Nächstenliebe orientierte Sozialarbeit gut entwickelt. Bis 1933 war es in jüdischen Unternehmen nicht unüblich, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu zahlen. Es gab eine Gesundheitsfürsorge, Unterstützung von Wöchnerinnen, eine Pensionskasse und eine Unterstützungskasse für Notfälle. Persönliche Erlebnisse schildern die Judenverfolgung und industriemäßige Ausrottung im Dritten Reich. 14 000 Leipziger Juden überlebten die Shoa nicht.

H. GERATHEWOHL,
LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Auszüge aus der Erklärung der IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität, Interessengemeinschaft im PDS-Stadtverband Chemnitz, vom 16. Juni:

... Von Chancen für ein linkes Bündnis wird in dieser Republik allerorten gesprochen ... Nach Prüfung aller rechtlichen Voraussetzungen geht dies aber nur über eine offene Liste der Partei, die sich seit der Wiedervereinigung von den Kommunen bis hinauf in den Bundestag mit ihren hunderten von Abgeordneten für ein anders verfasstes Deutschland eingesetzt hat. Das erfolgreiche über fünfzehnjährige Modell offener Listen der demokratischen Sozialisten bietet die Chance, in rund 90 Tagen linke politische Alternativen, und damit eine wirkliche Opposition, im Bundestag erfolgreich zu etablieren. Für jedermann ist bei einem Zusammengehen von WASG und PDS zur vorgezogenen Bundestagswahl klar, dass die Partei des Demokratischen Sozialismus drinnen steckt und demzufolge auch draufstehen

Tatsächlich – hier geschieht seit der Landtagswahl in NRW Erstaunliches. Angestoßen durch Oskar Lafontaine setzen viele Westlinke zu einem Sprung an, den sie bisher noch nicht gewagt hatten. Sie nehmen Anlauf, den ihnen seit ihrer Kindheit eingetrichterten Antikommunismus hinter sich zu lassen.

Man ist ernsthaft dabei, ein Zusammengehen mit der PDS zur Bundestagswahl vorzubereiten. Und dieses Zusammengehen mit der „SED-Nachfolgepartei“ bedeutet für viele von ihnen, über ihren Schatten zu springen. Auch wir mussten das seit 1989 oft genug tun. Deshalb wissen wir auch, wie schwer so etwas ist. Und wir wissen auch, dass das nicht alle schaffen. – Helfen wir ihnen also dabei! Wir haben genügend inhaltliche Gemeinsamkeiten bis hin zu gemeinsamen Gegnern, da sollten wir ihnen

Wo PDS drin ist, muss PDS drauf sein!

muss, wenn man einem Etikettenschwindel nicht das Wort reden möchte.

... Ein Ausblenden der bisherigen Arbeit und der dabei erreichten Ergebnisse der Mitglieder der PDS in den alten Bundesländern, einseitig zu Gunsten der WASG, ist ein Affront gegenüber denen, die sich im Namen der PDS seit fünfzehn Jahren für Frieden und soziale Gerechtigkeit uneigennützig eingesetzt haben. Und dies zum Teil unter öffentlicher Beschimpfung und Häme sowie zum Teil persönlicher Anfeindungen. ... Das Wahlergebnis in NRW vom Mai diesen Jahres spiegelt doch nur sehr begrenzt das tatsächliche Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger, bezogen auf die PDS sowie WASG, auf alle Bundesländer hochgerechnet wider. ... Mit dem vermeintlichen Rük-

ckenwind der Wahlen und dem Popanz des Antikommunismus allein darf man nicht ernsthaft die Namensdebatte für ein Bündnis führen, ohne Gefahr zu laufen, sich als Zünglein an der Waage präsentieren zu wollen. ... Auch ohne die Benennung der PDS in den relevanten Wahlunterlagen und Materialien, wie auch immer, werden die Versuche der öffentlichen Stigmatisierung des Bündnisses bleiben. Alles andere ist eine Illusion, denn dieses mögliche Bündnis gefährdet ernsthaft die bestehenden ungerechten Verteilungsverhältnisse in dieser Bundesrepublik und das ruft die bürgerlichen Parteien und ihre Protagonisten auf den Plan. ... Das am 15. Juni 2005 bekannt gewordene Ergebnis bei der „Namenswahl“ (Demokratische Linke. PDS) ist ein Kompro-

miss, mit dem man leben kann (inzwischen heißt es Linkspartei. PDS – LN). Die eingeräumten Spielräume, in den Ländern auch ohne den Namen PDS als Bündnispartner agieren zu dürfen, sind nicht hinnehmbar.

Die Delegierten für den PDS-Sonderparteitag haben für ihre zu fassenden Beschlüsse ernsthaft zu prüfen, ob dieser Kompromiss wahlrechtlich möglich ist oder in eine Sackgasse der Wahlanfechtung führt. Sie haben aber auch ihr politisch-moralisches Gewissen zu befragen, ob mit der Möglichkeit dem Weglassen des Namens der Partei des demokratischen Sozialismus in einzelnen Ländern/Kreisen ein fataler Richtungswechsel der PDS programmiert wird. Die PDS ohne sozialistische Visionen wäre eine Option, die die Partei überflüssig werden ließe. Ein linkes Bündnis ist nötig und möglich, aber nicht um den Preis von Täuschung und Verzichtsforderungen und gegenüber der Presse geäußerten Vorwürfen sowie Schuldzuweisungen an die Adresse der PDS ...

Im Westen was Neues

den Sprung leichter machen, und zwar dort, wo sie das Problem sehen: beim Namen PDS. Denn Namen (so schön sie auch sind) sind Schall und Rauch, auf Inhalte und vor allem auf das Tun kommt es an.

Die Frage ist doch ganz einfach: Wollen wir sicher sein, dass im nächsten Bundestag die Linken die dritte Kraft sind, eine unüberhörbare und kraftvolle Opposition, oder gehen wir das Risiko ein, in einer schwarzen Republik außen vor zu stehen.

Mir ist dieses Risiko zu groß.

Zumal ich hier bei der WASG nicht wenige kennengelernt habe, mit denen ich gerne

zusammenarbeiten möchte. Viel wichtiger finde ich das Stimmungsbild in der Bevölkerung: Wir werden einfach angesprochen werden, ob wir denn nun zusammengehen. Andere sagen, wenn das klappt, mache ich sofort bei euch mit. Dann bekommen wir noch zu hören, dass die Leute für die Zukunft schwarz sehen und sich deshalb eine starke linke Opposition im Bundestag wünschen. Vielfach ist hier im Westen, speziell im Ruhrpott, Politik nur über Personen zu vermitteln. Und Gysi und Lafontaine stehen hier für glaubwürdige Politik, für die Politikfähigkeit der Linken und damit für unsere Wählbarkeit als linke Kraft in den Bundestag.

GUDRUN ERFURT

Seit 2000 im Westen, vorher in Hoyerswerda Mitglied des Kreistages Recklinghausen für die PDS, Mitglied des Landesvorstandes der PDS NRW

Zum Titel von LN 12/2005: Pflugschare zu Zinksärgen?

„Friedensbewegung“ Bundeswehr

Wenn es offiziell um die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Rolle der Bundeswehr dabei geht, werden zwei Linien der Manipulierung der Bundesbürger deutlich. Erstens wird der weltweite Einsatz der Bundeswehr mit der gewachsenen internationalen Verantwortung der BRD begründet. Es ist zu fragen: Ist die Verantwortung der BRD in den letzten Jahren nur auf dem Gebiet der militärischen Gewaltanwendung gewachsen, die je nach Lage als „humanitäre Aktion“ oder „friedenserzwingende Maßnahme“ getarnt wird?

Zweitens wird suggeriert, dass die Bundeswehr die umfassendste Friedensbewegung der neuen Bundesrepublik sei. Also, alles, was sie zerstört und vernichtet, tut sie um des Friedens und der

Menschenrechte willen. Das alles kann doch nur bedeuten, dass man sich künftig aktiver an den militärischen Abenteuern der USA beteiligen will, die unter dem Deckmantel des Anti-Terror-Krieges den Terror dort hinträgt, wo es ihn bisher nicht gab. Die militärische Kopplastigkeit der EU-Verfassung und das eifrige Engagement der BRD für deren Realisierung heißt ebenfalls nichts Gutes. Friedenserzwingende Einsätze in zerfallenden Staaten, die ja laut „Verteidigungspolitische Richtlinie“ (VPR) des Herrn Struck zum Operationsgebiet der Bundeswehr gehören, könnten sich als Bumerang erweisen, wenn die militär-technisch unterlegene Kriegspartei zum asymmetrischen Mittel des Terrors greift.

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

Ein Gespenst geht um

Der Cheftedakteur der LVZ bedurfte in der Ausgabe vom 22. Juni d. J. gar nicht der zielgerichteten Überschrift „Klassenkampf“, um zu klären, was er von sich geben werde. Dass er aber den Klassenkampf als eine „Neidkampagne“ diffamiert, zeigt darüber hinaus, wie wenig er gewillt zu sein scheint, anzuerkennen, dass nicht nur Marx und Engels bewiesen haben: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“. Waren es damals die Arbeiter, die als Proletarier gegen die unmenschlichen Lebensverhältnisse kämpften, rekrutiert sich heute das „Proletariat“ aus fast allen Schichten der Gesellschaft. Die Macht ausübenden fühlen sich mehr dieser „Oberschicht“ verpflichtet. Doch plötzlich ist, wie Herr Hilder erkannt zu haben vermeint, der Klassenkampf in Deutschland „auferstanden aus den geistigen Ruinen weltweit längst gescheiterter Konzepte“. Dabei entfernten sich SPD und Grüne „immer weiter von der ideologischen Mitte und wirtschaftspolitischen Vernunft

..., um gegen die Linkspopulisten und Neo-Kommunisten von WASG und PDS um Stimmen zu buhlen“. Man glaubt beim Lesen den ironischen Satz im Kommunistischen Manifest zu hören: „Ein Gespenst geht um ... das Gespenst des Kommunismus.“

Aber das war nicht alles, was Hilder seinen Lesern mitzuteilen hatte. Es sei „die grauenvollste wirtschaftliche Forderung, (die) Vermögenssteuer wieder aus der Mottenkiste (zu) holen und mit höheren Erbschaftssteuern einzukassieren, was Eltern für ihre Kinder erwirtschaftet haben“. Die PDS fordere, so lässt uns Herr Cheftedakteur wissen, „Wohlhabende müssten noch mehr, als von der SPD angestrebt, geschröpft werden“. Ich bin nicht aus Neid der Meinung, dass Super-Milliönäre und Milliardäre in einer Zeit, da der Staat aus ewigem Geldmangel Schulen schließt, Lehrer entlässt und Kunst und Kultur systematisch die Mittel kürzt, dieses „schwere moralisches Los“ zu tragen haben.

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

Liebe Freundinnen und Freunde der Colbitz-Letzlinger Heide,

der 144. Friedensweg am Sonntag, dem 3. Juli 2005 fällt genau auf den 9. Sachsen-Anhalt-Tag in Magdeburg. Magdeburg feiert in diesem Jahr seinen 1200. Geburtstag. Unser Treffpunkt ist ab 10 Uhr am Stand der OFFENen HEIDE im Umweltdorf in der Hegelstraße. Es gibt Aufgaben am Stand, am und auf dem Festwagen. Der Festzug, in welchem ein Festwagen der OFFENen HEIDE mitfährt, startet um 11 Uhr und führt von der Danzstraße über den Breiten Weg, Ernst-Reuter-Allee, Jacobstraße, Johannisberg-

straße und Schleiufer zum alten Elbbahnhof.

Das Motto des Sachsen-Anhalt-Tages ist „traditionell modern“. Traditionell modern war und ist das Militär in der Colbitz-Letzlinger Heide, vor 70 Jahren mit der Heeresversuchsanstalt und jetzt mit dem Gefechtsübungszentrum. Unter dem Stichwort *Bundeswehr* liest man im Programm des Sachsen-Anhalt-Tages:

„Im Rahmen des Landesfestes mit Teilnehmern und Gästen aus dem ganzen Bundesland präsentiert sich die Bundeswehr neben der Polizei, der Feuerwehr und anderen „Hilfsdiensten“ als integraler Bestandteil des öffentlichen Lebens mit einem Ausstellungsstand. Ziel dieser Präsentation ist die Darstellung der Lei-

stungsfähigkeit von Truppenteilen im Bundesland Sachsen-Anhalt mit der Vorführung von Großgerät, das für Hilfeinsätze gut geeignet ist, und die Ansprache von jungen Menschen, um sie für den militärischen Dienst zu interessieren.“

Die Bundeswehr ist da, wir sind da und es ist der erste Sonntag im Monat, da soll uns nichts einfallen? Der Vollständigkeit halber muss gesagt werden, dass das Festgelände nur mit einer Plakette zu betreten ist, die auf dem Fest 5 Euro kostet.

HELMUT ADOLF

OFFENE HEIDE
Kontaktadressen und Mitfahrbörse:
Christel Spenn, 0391 / 2 58 98 65
Dr. Erika Drees, 03931 / 21 62 67

Sommerfest

am **Sonnabend, 9. Juli, 14 Uhr**, in der **Margarete-Blank-Gedenkstätte, Panitzsch.**

Es laden ein:

Bund der Antifaschisten e. V., Leipzig und Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e. V.

u. a. mit russischen und moldawischen Volksliedern
Führung durch die Gedenkstätte
Buchverkauf

Zur Anfahrt steht ein Großtaxi ab 13 Uhr, Richard-Wagner-Str. 1 zur Verfügung (Hin- und Rückfahrt). Kostenbeitrag 5 Euro. Interessenten melden sich bitte bis 5. 7. beim BdA, 04155 Leipzig, Eisenacher Str 72 oder e-mail: bdaLeipzig@web.de

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruherstraße 54
04209 Leipzig

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a

2. 7., 14.30 Uhr: *Begegnung der Kulturen und Generationen im Stadtteilzentrum*

5. 7., 19 Uhr: *Schachspiel für junge Leute*

15. 7., 19 Uhr: *Basketball mit anschließendem Grillen*

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

1. 7., 20 Uhr: *Der Page* Jugendtheaterprojekt (P 15)

9. und 10. 7., 15 Uhr: *Das Tierhäuschen.*

Kindertheaterprojekt (P 7)

Frauenkultur e. V. Leipzig, Windscheidstr. 51

2. 7. und 3. 7., 11-17 Uhr: *Intime Perspektive.* Multimedialer Workshop für Frauen

8. 7., 20.30 Uhr: *Cathleen – One Woman Band* aus Leipzig

9. 7., 11-17 Uhr: *Einführung in Buchhaltung und erste Steuerfragen.* Seminar für Existenzgründerinnen u. a. interessierte Frauen

9. 7., 20-24 Uhr: *Die lange Partynacht.* Woman Only

15. 7., 18-22 Uhr; 16. 7., 11-16 Uhr: *Ich bin, was ich bin. Aber ich kann auch anders.* Mehr als ein Theater-Workshop für Frauen

LN dokumentiert Auszüge des Aufrufs „Verteidigt die Pressefreiheit – Solidarität mit Dr. Nikolaus Brauns“. Der Aufruf wird bisher unterstützt von: *Redaktion junge Welt* und *Verlag 8. Mai* (Berlin); *Pahl-Rugenstein Verlag* (Bonn); *Rote Hilfe e. V. OG München*; *Deutscher Freidenker Verband e. V. München*; *Redaktion Kurdistaninfo.com*; *Deutsch-Kurdische Gesellschaft e. V.*:

Dr. Nikolaus Brauns arbeitet als freiberuflicher Journalist u. a. für die Tageszeitungen *junge Welt* und *Neues Deutschland* und hat wiederholt kritisch über die Arbeit der Münchner Polizei sowie über rechtsextreme Umtriebe in Bayern berichtet.

Ohne richterlichen Durchsuchungsbeschluss wurde Brauns' Wohnung (in der Nacht vom 2. zum 3. Juni) durchsucht. Dabei wurden nahezu sämtliche Arbeitsmittel des Journalisten Brauns beschlagnahmt. Faktisch handelt es sich bei dem Vorgehen des Staatsschutzes um ein halbes Berufsverbot durch die Hintertür. Es drängt sich der Eindruck auf, hier soll ein kritischer Journalist zumindest zeitweise mundtot gemacht werden. Als Journalist ist Brauns darauf angewiesen, vertrauliche Informationen zu erhalten. Landen diese umgehend beim Staatsschutz, wird er in Zukunft von solchen Informationen abgeschnitten sein. Die pauschale Beschlagnahme aller Aufzeichnungen von Brauns ist auch in diesem Sinne ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Durch seine engagierte Arbeit ist Brauns auch in das Visier der Neonazis geraten. Schon seit längerer Zeit veröffentlicht Roland Wuttke Steckbriefe bekannter Münchner Antifaschisten auf Flugblättern und im Internet, darunter auch von Brauns. Auf Neonazi-Websites wird offen darüber diskutiert, sich zu bewaffnen und Brauns zu überfallen.

Solidarität mit dem Journalisten Nick Brauns

Die Unterzeichner fordern die Münchner Polizei und Staatsanwaltschaft auf, das Verfahren gegen Brauns sofort einzustellen, da es

lediglich auf den haltlosen Anschuldigungen stadtbekannter Neonazis basiert; ferner sind alle beschlagnahmten Arbeitsmittel zurückzugeben und Schadensersatz für den Verdienstausschlag von Brauns zu leisten. Gefordert wird eine Richtigstellung der offenkundig falschen Aussagen der Polizeipressestelle über Brauns in Presse und Öffentlichkeit und einer Erklärung, wie Brauns Sicherheit nun geschützt wird.

Proteste an: Staatsanwaltschaft München I, Postfach, 80997 München, Tel.: 089/55974828, Fax: 089/5597413
Oder: Polizeipräsident Dr. Wilhelm Schmidbauer, Polizeipräsidium München, Ettstrasse 2, 80063 München, Tel.: 089/2910-0, Fax: 089/29104528, Kopien der Proteste bitte per E-Mail an: pressefreiheit2005@web.de



Mag uns der Wind der Marktwirtschaft auch noch so beuteln. Wir stehen! Leicht gekrümmt. Aber wir stehen! Auch dank Ihrer Hilfe – die wieder einmal dringend nötig ist!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860
555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
BLZ
Kontonummer
Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Wanderungen durch Neufünfland

Zum Lachen und zum Weinen

IM THÜRINGISCHEN WAR ES WIE ÜBERALL: Es gab gute und auch schlechte Nachrichten. Die gute kam aus Bad Langensalza: Das dortige Hufelandkrankenhaus darf seinen Namen auch künftig im Internet führen. Das hat der Bundesgerichtshof entschieden und daran kann man erkennen, dass wir in einem echten Rechtsstaat leben. Alles, worüber das oberste deutsche Gericht zu befinden hatte, war allen bekannt (unter uns: In der DDR hätte das eine betriebliche Konfliktkommission geregelt): Das Krankenhaus in Bad Langensalza trägt seit 1962 den Namen Hufelands, ein Krankenhaus in Bad Merzentheim hatte ihn sich 1986 zugelegt und wollte die Thüringer nun daran hindern, ihn zu verwenden. Die Richter urteilten, wie jede Konfliktkommission geurteilt hätte: „Wer zuerst kommt ...“ Aber hierzulande befasst sich eben der Bundesgerichtshof mit so gravierenden Fragen!

DIE SCHLECHTERE NACHRICHT kam aus Weimar, wo das erst unlängst für zwei Millionen Euro sanierte Krematorium nicht mehr rentabel ist. Weniger Sterbefälle? Irrtum! Auch in dieser Branche eroberten Dumpingpreise den Markt! Und zwar taten das Konkurrenten, die rund um die Uhr einäschern, während Weimar nur zweimal die Woche den letzten Ofen zündet. Und nun? Soll die Marktwirtschaft alles retten: Das Krematorium wird privatisiert! Wenn man einen Käufer findet. Wenn nicht, kann man nicht wissen, was geschieht.

ETWAS LUSTIGES zur Abwechslung: In Rostock hat sich die Bürgerschaft wochenlang nicht über

neue Kita-Gebühren einigen können, was die Eltern vergnüglich finden, weil sie die alten Gebühren zahlen können, solange die neuen nicht beschlossen sind. Und dass die neuen niedriger sein könnten als die alten, daran glaubt in der Hansestadt niemand. Dafür ist die endlose Debatte um eine Innenstadt-Toilette an ein vorläufiges Ziel gelangt: Die Bürgerschaft einigte sich, einen „Container“ – altdeutsch: Plumpsklo – auf dem Markt aufzustellen. Sollten Sie ihn demnächst suchen: Gleich neben dem Olympia-Pavillon. Ein Spaßvogel unter den Abgeordneten prophezeit: „Eine Toilette auf dem neuen Markt würde die Geschäfte beleben ...“

Als wir durch Rostock kamen, tagten dort gerade die Bauern. Es gab Stimmung. Allerdings wenig gute: Zuckerrüben wird man auf Rügen künftig kaum mehr anbauen. (Bislang waren es immerhin 1090 Hektar!) Es lebe die EG und nicht etwa die LPG!

UND WEIL WIR EINMAL BEI RÜGEN sind: Wer seinen Urlaub dort verbringen will, sollte sich schleunigst eine Fahrkarte für die Strecke Putbus-Bergen besorgen. Es könnte sein, dass dort bald keine Züge mehr verkehren. Die Landesregierung denkt über die Streichung der Zuschüsse nach. Eine Kampagne, die Zahl der Fahrgäste zu steigern, blieb bisher ohne großen Erfolg. Verständlicherweise, denn wer benutzt heute noch die Bahn, wo das Autofahren so spottbillig geworden ist?

Die einzigen sind wir Wanderer, aber wir können künftig auch den Weg von Putbus nach Bergen noch unter die Füße nehmen.

„In der Demokratie kannst du machen, was du willst, aber die Politiker können auch mit dir machen, was sie wollen.“

Armin Stolper im Literaturcafé am 23. 6. in Leipzig

• **KLAUS HUHN**

Unter Unabhängigkeit und Freiheit verstehen gewisse Medien, sich unabhängig von Tatsachen und frei von einer eigenen Meinung zu äußern.

Früher gab es Zeitungen, um die neuesten Nachrichten zu übermitteln. Heute dienen sie dem Zweck, die neuesten Werbeprospekte zu transportieren. Das Sinnen und Trachten

vieler Medien scheint darauf gerichtet zu sein, ihren Konsumenten einen fließenden Übergang in die Alterssenilität zu gewährleisten.

• **REINHARD LOCHNER**

Tim Tode

Letzte Strophe aus der

Erwerbslosen-Internationale

(Anlässlich des Internationalen Kampftages gegen Arbeitslosigkeit 1931)

*Die ihr in Brot und Arbeit steht:
In Not und Kampf sind wir Genossen,
und bei euch steht und mit euch geht
Das Heer der Arbeitslosen.
Der einzelne ist schwach und blind;
Doch unsre Zahl ist unsre Macht.
Für Brot und Arbeit, Frau und Kind.
Auf! Sammelt Euch! Erwacht! Erwacht!*

Werner Ilberg

Zweite Strophe aus

„Lied der Arbeitslosen“

(Entstanden ebenfalls 1931)

*Unser Leben ist leider nur Lebensersatz –
Ihr habt uns das Leben vergiftet.
Die Unterstützung ist für die Katz,
Die ihr uns so gnädig gestiftet.
Zum Teufel mit unserer Ferienzeit.
Wir wollen ein volleres Leben!*

So soll's auch gehen gegen den Frust

Die Handelsunternehmen „Kaufland“ und „Deutsches Weintor“ werben für Deutschland in einer mehrseitigen Anzeige. Titel: „**Es ist nicht alles Käse in Deutschland**“, unterschrieben von Bundespräsident a. D. Dr. Walter Scheel. Begleitet von Suggestivfragen wie „**Finden Sie auch, dass in Deutschland alles mies gemacht wird?**“, „**Haben Sie auch genug von der ewigen Jammerrei?**“.

Beigefügt ist ein Stimmzettel. Slogan: „**Ihre Stimme zählt. Mit Ihrer Stimme zum Bundespräsidenten, ins Internet und ins Guinness-Buch der Rekorde**“. Ausdrücklich werden positive Meinungen zu Deutschland erwartet. Als inzwischen wohlherzogener Demokrat fülle ich Stimmzettel immer gern aus. Unter den Titel „**Ich finde gut in Deutschland, dass ...**“ schrieb ich, „**... Arbeitslose noch nicht interniert werden.**“

• **E. FRITZ**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Dass es Menschen gibt, die 70 000 Euro im Monat verdienen und mehr, und anderen wird gesagt, bei 331 Euro ist Schluss. Und dann wird noch gesagt, 331 im Osten und 345 im Westen. Das ist doch krank, völlig krank.

entstehen anfangs oft noch kleine Überwachungsinseln. Aber das Verlangen der Inselherren, sich mit den anderen zu vernetzen, ist kaum zu bremsen.

DLF 13. 6.

Man hätte damals schon von den Westbrötchen auf das ganze System schließen müssen: Viel Luft.

Gegenwärtig kommen sieben Prozent der Weltproduktion aus China. In 20 Jahren können es 25 Prozent sein.

DLF 13. 6.

Kabarettist und Schauspieler Uwe Steimle, beides LVZ-Journal 3. 6.

40 Prozent der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu Toiletten mit Wasserspülung.

DLF 12. 6.

Diese Bundesrepublik kann sich nicht abschotten von der Welt und nationalen Sozialismus spielen.

Ein großer deutscher Pharmakonzern hat seine Stammzellenforschung mit 600 Mitarbeitern nach Asien verlagert.

Schering hat seine Stammzellenforschung nach Japan verlagert.

Beides ZDF 14. 6.

H. Markwort, Chefredakteur Focus, zum Zusammengehen von PDS und WASG, ARD 12. 6.

Blair ist in den Krieg gegen Chi-rac und dessen Kumpan Schröder gezogen.

Eine britische Zeitung, zitiert im DLF 13. 6.

Das Weiße Haus in Washington gibt täglich für alle Mitarbeiter einheitliche Sprachregelungen zu allen wichtigen politischen Fragen heraus.

DLF 14. 6.

Christentum, Demokratie, Sozialismus – das sind unsere Ziele.

Auf einem Plakat zur Gründung der CDU/West, gezeigt in der ARD 16. 6.

• **Gefunden von MANFRED ERBE**

Armes Deutschland

Schon im Jahr 2002 begründete Verteidigungsminister Peter Struck Ambitionen der Bundeswehr für globale Einsätze. Die Sicherheit der Bundesrepublik werde heute auch am Hindukusch verteidigt. Sowa nannte man im 2. Weltkrieg „Vorausverteidigung“. Und wenn nun die Chinesen kämen, ihre Volksrepublik an Elbe und Rhein zu verteidigen? Fragt die „deutsche friedensgesellschaft – vereinigte kriegsdienstverweigerInnen“.

Vorschlag von Herrn M.:

Struck! Mit an die Front!

*Wir ziehen in den Krieg, in den Krieg,
wir ziehen in den Krieg.
Haben ja sonst nichts zu tun, nichts zu tun,*

*außer im Aufrüstungsboom,
Rüstungsboom.
Drum geh'n wir an die Front, an die Front
denn Bundeswehr in aller Welt, aller Welt
kostet doch kein Geld, gar kein Geld.*

*Dass von deutschem Boden
NIE WIEDER KRIEG ausgehe,
wünschte uns Bertolt Brecht,
aber Struck nimmt sich das Recht,
notfalls meinen Sohn
in den Krieg zu hol'n.*

• **EKKEHARD FRITZ**



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,

Oststraße 39, 04420 Markranstädt

Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062

E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

27. Juni

Die nächste Ausgabe erscheint am

15. Juli

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40